

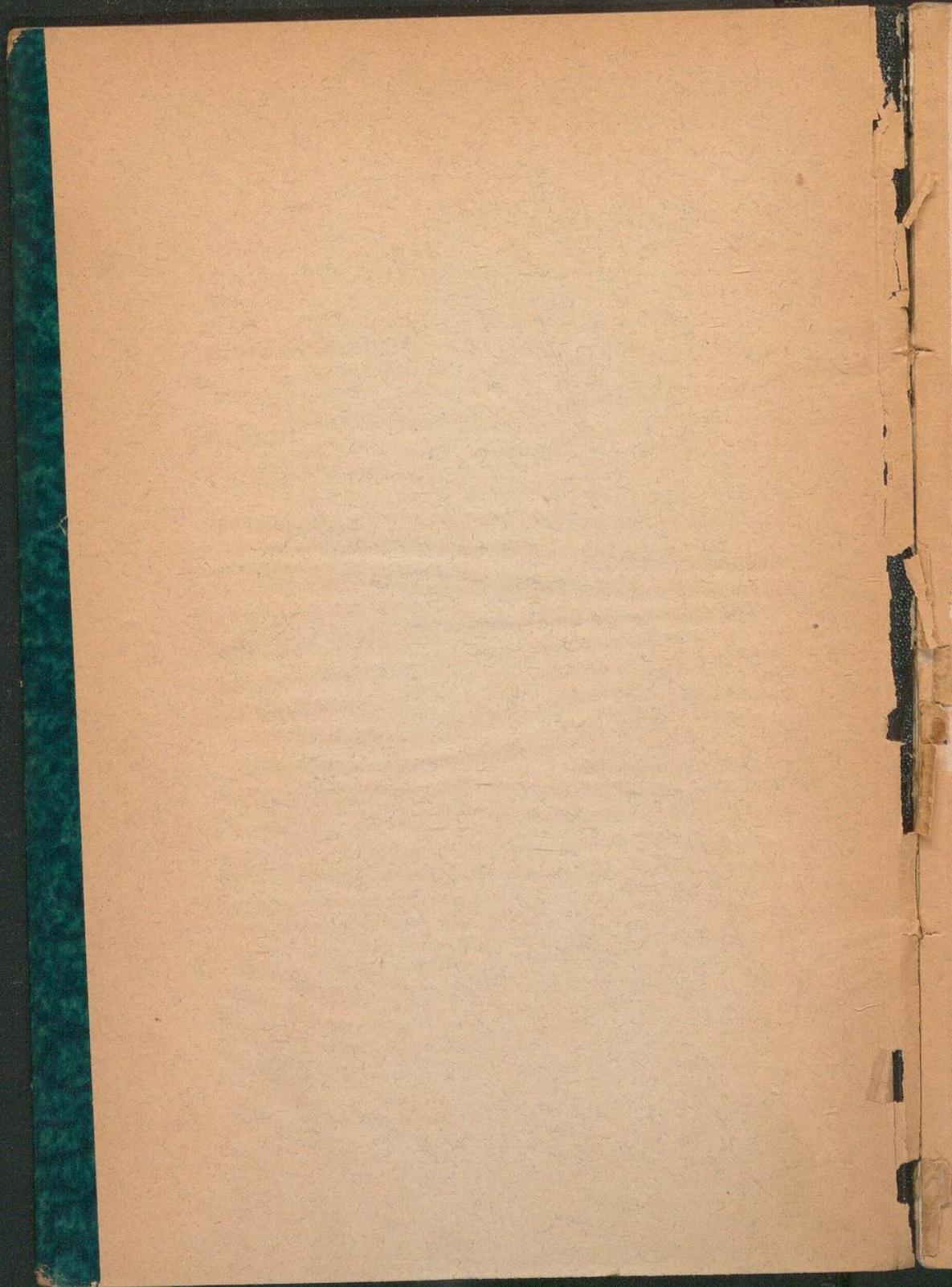
Wiener Stadt-Bibliothek.

T

7663

A

NF
3.



A 2663

Die

Männer der Gegenwart.



Neue Folge. III.

Heinrich von Gagern.

Handwritten signature

Leipzig

Costenoble und Remmelmann.

1850.

J. N. 38843



Mit

Heinrich von Gagern.

Eine biographische Skizze

von

M. Duncker.

Leipzig

Costenoble und Remmelmann.

1850.

Scientia non habetur

Die Bibliothek



Die politische Partei in Deutschland, welche die Bewegung des Jahres 1848 zu fester Einigung unserer Nation durch den constitutionell organisirten Bundesstaat hinzuführen bemüht war und seitdem unablässig gestrebt hat, die kämpfenden Elemente unseres Vaterlandes in diesem Ziele zu versöhnen, scharft sich in engern und weitem Kreisen um den Namen Heinrich von Gagern. Das Vertrauen und die Verehrung der Parteigenossen, wie die Vorwürfe und der erbitterte Haß der Gegner, legen gleichmäßig Zeugniß dafür ab, daß die Einheitsidee vorzugsweise in diesem Manne einen Träger und Hort gefunden habe.

Seitdem das einheitliche Band, welches ehemals mit der Kraft des Kaiserthums die deutschen Stämme zusammengehalten hatte, zerrissen war, hat es in aufstrebenden und erregten Perioden unserer Geschichte, bereits vom 15. und 16. Jahrhundert her, niemals an patriotischen und weitblickenden Männern gefehlt, welche die unheilvollen Wege, auf welche die Nation mit diesem Zerfallen gerathen war, tief beklagten, welche die Abgründe ermaßen, wohin man gelangen müsse, wenn keine Umkehr erfolge, welche zu neuer Belebung und Kräftigung der noch vorhandenen Formen der Einheit, dringend ermahnten. Aber diese Einsicht wurde erst weiter verbreitet, als sich die vereinzelt Stämme Deutschlands im 18. Jahrhundert, nach langer Trennung, in der Schöpfung einer nationalen Literatur wieder zusammenfanden, als sich Deutschland eine geistige Heimath, eine Einheit des Geschmacks und der Bildung wieder gegeben hatte. In demselben Moment als diese wieder aufgelebte Bildung unseres Volks, diese seine erste selbstständige Arbeit nach langer Dürre und Erschlaffung ihren Gipfelpunkt erreichte, brachen die Namen und Formen vollends zusammen, welche bis dahin noch an die Einheit des Vaterlandes erinnerten hatten. Eine Fremdherrschaft folgte, wie sie Deutschland auch zu den Zeiten Ludwig's XIV. nicht erfahren hatte. Gerade in diesem Zusammentreffen der literarischen Erhebung, der eben errungenen geistigen Reife und Mündigkeit mit der politischen

Unterdrückung, mit der Häufung der Schmach auf die deutschen Staaten und das deutsche Volk wurde das nationale Gefühl, die nationale Idee in Deutschland wiedergeboren.

In diese Zeit der ersten keimenden Regeneration, in diese Bewegungen des deutschen Lebens fällt die Jugend Heinrichs von Gagern. In dieser Luft ist er aufgewachsen. Der Familienkreis, welchem er angehörte, war erfüllt von diesen Interessen. Sein Vater, Hans Christoph Ernst von Gagern, stand unter den Vorkämpfern gegen Frankreichs Herrschaft in Deutschland. Die Gesinnung des Vaters erbte auf die Söhne; Heinrich war der dritte, am 20. August 1799 geboren. Die frühesten Eindrücke der Knaben, welche die tiefsten Wurzeln im Herzen zu schlagen pflegen, waren die Liebe zum Vaterlande, der Haß gegen die fremde Unterdrückung. Die natürliche und unmittelbare Empfindung bereitete der spätern Begeisterung und Ueberzeugung den Boden, so daß Verstand und Gefühl, Einsicht und Gemüth, Naturell und Selbstbestimmung, allmählig zu jener unauflösblichen, festen und harmonischen Einheit verschmelzen konnten, welche für Heinrich von Gagern eigenthümlich und auszeichnend geworden ist.

Als sich das Volk in Deutschland erhob, die Ketten Frankreichs zu brechen, focht der älteste Bruder Heinrichs, Friedrich von Gagern, in den Schlachten von Dresden, Kulm und Leipzig. Als Napoleon von Elba zurückkehrte, die verlorene Herrschaft wieder zu erringen, griff auch Heinrich, obwol noch nicht sechszehn Jahre alt, zu den Waffen. In der Schlacht von Waterloo, welche die französische Armee zum ersten Male unter Napoleon's Führung in wilde Flucht auflöste und vernichtete, führte Heinrich von Gagern die nassauische Compagnie, in welcher er diente, nachdem die ältern Offiziere todt oder verwundet waren. Auch er bezahlte den Siegespreis mit einer leichten Wunde.

Nicht bloß um der Herrschaft Frankreichs in Deutschland ein Ende zu machen, hatte die Jugend Deutschlands die Waffen genommen; sie focht zu gleicher Zeit für die bessere Gestaltung des deutschen Staatslebens im Innern, für die Erhebung der zu Boden getretenen Nation zur Freiheit, Einheit und Größe. Diese Gedanken auszubilden, zu fördern und zu verbreiten, war Heinrich von Gagern's eifriges Bestreben, als er, gereift durch seinen Kriegszug, in den folgenden Jahren zu Heidelberg, Göttingen und Jena den Studien oblag. Dem wüsten Treiben des alten Studententhums gegenüber, in welchem nur zu viel edle Jugendkraft und Begeisterung vergeudet worden war, gründeten einige aus den Feldzügen rückkehrende Jünglinge mit gleichgesinnten Genossen, die Vereine der deutschen

Burschenschaft. Wenn die Landsmannschaften auf den deutschen Universitäten sich bis dahin nach den einzelnen Stämmen und Staaten Deutschlands zusammengefunden und gegliedert hatten, so sollte diese neue Verbindung die Einheit des Vaterlandes darstellen und so stark als möglich betonen, an die Stelle des fecken und rohen Gebahrens, des ungezügelter Freiheitsbrausches während weniger Semester, sollte eine ernste und strenge Vorbereitung in Sitte und Wissenschaft treten. Das vaterländische Interesse sollte dem Gemüth näher gebracht, die Liebe zum Vaterlande sollte gekräftigt und gehoben werden, die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte, mit Deutschlands politischer Lage und den Institutionen seiner Staaten, sollte dem Vaterlande eine neue Generation bilden, welche in tüchtigem Streben nach politischer Einsicht in Zucht und Ehrbarkeit herangereift, dem Vaterlande eine bessere Zukunft zu gewähren im Stande wäre. Mit der geistigen Bildung wurde eine neue körperliche Uebung und Abhärtung in der Turnkunst verbunden; frisch an Geist und Körper, voll fröhlichen Muthes und frommen Sinnes des Glaubens und der Thaten der Väter gedenkend, sollte die akademische Jugend fortan heranwachsen. Die „sittliche und wissenschaftliche Ausbildung“ der deutschen Jugend auf den Hochschulen „zur Herbeiführung eines in Einheit und Freiheit gerecht geordneten Nationallebens:“ das war der Gedanke, welcher der Stiftung der deutschen Burschenschaft zu Grunde lag. Heinrich von Gagern gehörte zu ihren Begründern in Heidelberg, er versuchte einen burschenschaftlichen Verein in Göttingen zu bilden, er gehörte dieser Verbindung in Jena an und befand sich unter den Abgeordneten, welche 1819 einen regelmäßigen Verkehr und Verband unter den Burschenschaften der verschiedenen Hochschulen zu begründen bemüht waren.

Jedermann kennt die Schicksale der deutschen Burschenschaft, die Verfolgungen, welche sie erfahren, die Verirrungen, welche meist in Folge dieser Bedrückung, in ihrem Schooße Platz fanden. Kein Unbefangener wird aber auch den sittlichen Kern dieses Strebens, den großen und berechtigten Gedanken verkennen, welcher diese Verbindungen geschaffen und dreißig Jahre lang trotz aller Maßregeln der Regierungen erhalten hat, Niemand wird den schönen Zug nach einer freien sittlichen und patriotischen Nationalerziehung, im gleichen und vereinten Streben der Jünglinge gering schätzen, Niemand die Idee der nationalen Einheit heute noch verdammen wollen. Nur das schmerzliche Bedauern bleibt übrig, daß die deutschen Regierungen in ihrer kleinlichen Verblendung und Engherzigkeit, so edle Kräfte von sich stoßen konnten, und der Vorwurf wird für immer auf den

damaligen Lenkern der deutschen Staaten haften, mit diesen und freilich noch vielen andern Maßregeln, den ganzen Bildungsgang der Nation verkümmert und auf gefährliche Abwege gedrängt, die sittlichen Basen für die nothwendige Regeneration unserer Zustände, welche heute schmerzlich vermißt werden, selbst verdorben und vergiftet zu haben. Der Burschenschaft bleibt das Verdienst, die nationale Idee durch trübe Zeiten hindurch gerettet, den Gedanken der Einheit lebendig erhalten zu haben, als das Volk, von der ungewohnten Anstrengung der Freiheitskriege ermattet, den Regierungen die Zügel allzufrüh und allzuwillig überließ. Als sich späterhin der Sturm im Frühlinge des Jahres 1848 erhob, waren es doch fast allein Männer aus jenen burschenschaftlichen Kreisen, welche man der Bewegung entgegenzustellen vermochte, und was anders hat sich in jenem Jahre, in den folgenden Bestrebungen Preußens für die deutsche Union siegreich erwiesen, als der so lange verfolgte Gedanke der deutschen Burschenschaft?

Solche Bestrebungen erfüllten die Jugend Heinrichs von Gagern. jene Jahre, welche bei andern nur der eigenen Ausbildung und Vorbereitung gewidmet zu sein pflegen — bei ihm waren es bereits Zeiten der Thaten in Krieg und in Frieden, er legte hier schon mit andern die Keime zu folgenreichen Gestaltungen in den empfänglichen Boden der deutschen Hochschulen. Auch auf diesen Wegen begleitete ihn der Geist des Vaterhauses. Auf den Akademien wie in den nächstfolgenden Jahren (schon 1821 trat er nach vollendeter Prüfung als Assessor bei dem Landesgerichte in Lorsch ein) bleibt er im engsten Verkehr mit seinem ältesten Bruder, dem nachmaligen General Friedrich von Gagern. Die edle Humanität, die durchgebildete Einsicht dieses Mannes, welchen Deutschland mit tiefem Schmerz unter die Opfer zählen muß, welche die Demokratie der Revolution von 1848 treulos und hinterlistig geschlachtet hat, die hohe Vaterlandsliebe, von welcher sein Leben und sein Tod Zeugniß ablegen, wirkten um so fördernder und kräftiger auf Heinrich von Gagern, je näher beide Brüder einander standen, je mächtiger der Eindruck war, den Friedrichs Persönlichkeit auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, hervorzubringen pflegte. Die poetischen Fragmente, welche von ihm überliefert sind, sprechen seinen männlichen Freiheitsinn, seinen festen und glühenden Glauben an das Vaterland, den Ernst und die Ausdauer seines politischen Strebens, in schönen und einfachen Formen aus. Neben Friedrich und Heinrich stand der jüngere Bruder Max von Gagern. Bei gleicher Entschiedenheit der politischen Richtung brach dieser das Element des beweglicheren Geistes und die

Gewandtheit der Form dem brüderlichen Bündnisse zu. Für die ersten Mannesjahre Heinrichs tritt zu dieser Gemeinschaft mit den Brüdern, noch ein engeres Verhältniß, und wir betrachten es gern als einen deutschen Zug im Leben Heinrichs von Gagern, daß es die Liebe einer zarten und edlen Frau war, die seine feurige Natur in das Maß der Selbstbeherrschung fügte und seinem innern Leben diejenige Durchdrungenheit und Geschlossenheit gab, welche durch alle Stürme, Kämpfe und Parteiungen hindurch den Menschen in ihm unverfehrt erhalten hat. Leider wurde durch den frühen Tod der Gattin — nur vier Jahre (1827 bis 1831) waren dieser Ehe vergönnt — für Heinrich von Gagern die Erfahrung des herbsten Verlustes zu den Segnungen einer idealen Lebensgemeinschaft gefügt.

Mit ungebrochener Kraft tritt Gagern aus diesen Erlebnissen in ein neues Stadium der öffentlichen Wirksamkeit. Es war im Jahre 1832, daß er, bereits seit elf Jahren in der Verwaltung des Großherzogthums Hessen, zuerst bei der Regierung der Provinz Starkenburg, dann im Ministerium des Innern und der Justiz thätig, als Abgeordneter für den Wahlbezirk Lorsch in die hessische Kammer trat. Mit seinem Eintritt begann ein Aufschwung des parlamentarischen Lebens in Hessen. Die Regierung, welche, dem damaligen Gange der Dinge folgend, die Verfassung des Landes Schritt vor Schritt zu entkräften und illusorisch zu machen, nicht ohne Erfolg versuchte, sah ihn bald an der Spitze der Opposition. Aber als diese nun kühner und erfolgreicher auftrat, wurde der Landtag unter Schmähungen auf dessen widerseglische Haltung aufgelöst (2. Nov. 1833) und Gagern aus dem Staatsdienste mit Pension entlassen. Außerdem wurde ihm der Kammerherrnschlüssel abgefodert. Gagern verzichtete auf die Pension und die Wähler von Lorsch sendeten ihn im folgenden Jahre abermals in die Kammer (Mai 1834). Auch in dieser fanden die Absichten der Regierung keine Majorität und eine zweite Auflösung folgte (25. Oct. 1834). Der dritte Landtag (1835—1836) ergab endlich vermittelst großer Anstrengungen und Eingriffe der Regierung, die gewünschte Mehrheit, doch war auch Gagern zweimal gewählt. Auch in der Minorität kämpfte er unverzagt und unermüdet. Aber nach dem Schlusse dieser Versammlung wollte er nicht länger Willen und Kraft in vergeblicher Arbeit aufreiben. Er schied mit jenem Worte: „Wo ist bei uns, was der Freiheit gleiche!“ —

Seitdem widmete er sich in freiwilliger Zurückgezogenheit der Landwirthschaft auf seinem väterlichen Gute zu Monsheim. Bald gewann er auch in diesen neuen Verhältnissen Ansehen und Einfluß, und er selbst hat späterhin oft versichert, daß er diesen Jahren der

Einsamkeit und des Schweigens vieles verdanke. Auf dem Boden, welchen er mit eigener Hand bebaute, gründete er sich nun auch einen neuen Heerd durch die Verbindung mit der Tochter eines pfälzischen Gutsbesizers. Dieser zweiten Ehe gehören die Kinder Heinrichs von Gagern an. Erst im Jahre 1846, als ihm die Wendung der Dinge unter einer reformirenden Regierung in Preußen, neuen Muth und Hoffnung auf eine erspriessliche Wirksamkeit gegeben, trat er wieder in die hessische Kammer. Wie er das erste Mal seine parlamentarische Thätigkeit durch eine Schrift über die damals von der Regierung beabsichtigte „Verlängerung der Finanzperioden“ eingeleitet hatte, so ging auch seinem Wiedereintritt in die Kammer eine wirkungsreiche polemische Arbeit zum Schutze der gefährdeten Rechtsinstitutionen der Provinz Rheinhesen voran.

Die politischen Ueberzeugungen, welche Gagern in diesen Schriften wie in der hessischen Kammer geltend gemacht hat, sind dieselben, denen er sein Leben hindurch treu geblieben ist. Von Anfang an finden wir ihn mit unwandelbarer Stätigkeit in den verschiedensten Situationen dem gleichen Ziele zugewandt, und wenn ihm auch später und bis auf den heutigen Tag jene Jugendlichkeit geblieben ist, welche in dem tapfern Glauben an dem Rechte und dem Siege seiner Sache und in der vollen Hingebung an diese besteht, so hat ihn doch sein praktischer und gesunder Sinn, seine staatsmännische Anlage und Natur gleich vom Beginne seiner politischen Laufbahn her, auch in engbegrenztem Wirkungskreise vor allen Ueberschwenglichkeiten und Maßlosigkeiten bewahrt. Energisch zugleich und maßvoll, weit hinausreichend in seinem Streben und doch immer anknüpfend an das Bestehende und Vorhandene, und den gewonnenen Boden, sei er auch noch so schmal, niemals verlassend — so ist Heinrich von Gagern schon in seinem ersten Auftreten auf dem Landtag, so ist seine Argumentation in den angeführten Schriften. „Der Grund und Boden des historischen Rechts muß vertheidigt werden bis das Bedürfniß der Neuerung erwiesen und unabweisbar ist.“ Diesen Grundsatz stellt er gleich in seiner ersten Schrift auf. Seine Opposition gegen die Regierung steht auf dem Boden der hessischen Verfassung. Das constitutionelle Princip, wie es in England ausgebildet und erprobt worden, gilt ihm als die auch für uns gebotene und normale Staatsform, als das System, „in welchem Freiheit und Principat sich kämpfend vertragen,“ in welchem „die Gewalten, beständig sich auszudehnen bemüht, beständig sich ins Gleichgewicht setzen.“ Aus dem Entwicklungsgange der europäischen Staaten hat er erkannt, daß die constitutionelle Monarchie die Form ist, in welcher auch die Strebungen unserer Epoche zur Be-

friedigung kommen werden und müssen. Aus dem Standpunkte dieses Systems und den Principien seiner Institutionen bekämpft Gagern die unablässig erneuten Versuche der hessischen Regierung, die Verfassung zu umgehen und immer tiefer herabzudrücken. So hatte er schon in seiner ersten Schrift den Antrag bekämpft, welcher von Seiten der Regierung eingebracht worden war: zwar alle drei Jahre nach der Vorschrift der Verfassung einen Landtag zu berufen, aber das eine Mal ausschließlich für die Gesetzgebung; das andere Mal für die Budgetbewilligung auf je sechs Jahre, so trat er später sehr entschieden dem Verlangen des hessischen Gouvernements, auf die Bildung permanenter Ausschüsse (um die Sessionen abzukürzen und in ihrer Bedeutung zu schwächen) entgegen, so vertheidigte und foderte er die Selbstregierung der Gemeinden und die Geschworenengerichte auch für die Provinzen auf dem rechten Rheinufer. Aus denselben Gesichtspunkten beurtheilt er die Vorzüge und Mängel der bestehenden Verfassung selbst.

Auf dem schmalen Rechtsboden eines kleinen deutschen Staates hielt Gagern das Banner der constitutionellen Freiheit in schlimmer und trostloser Zeit hoch aufgerichtet. Aber sein Blick endete nicht an der Grenze des Großherzogthumes, er umfaßte den Horizont des ganzen Vaterlandes. „Ich halte mich zuerst — so sagte er im Jahre 1832 auf dem hessischen Landtag — für einen Deutschen, war zuerst ein Deutscher, ehe ich ein Hesse war,“ und sein politisches Streben in dieser hessischen Kammer ist stets gehoben und getragen durch die Beziehung auf Deutschland. Nicht nur, daß ihm die Staatsform, für welche er in Hessen kämpft, zugleich als diejenige gilt, zu deren Ausbildung die deutschen Stämme gleichmäßig berufen sind, auch in dem damaligen (und leider noch gegenwärtigen) Zustande der Ungleichheit und Zerrissenheit, hält er jeden Faden der Verbindung fest, jede Beziehung zur Gesamtheit klingt in ihm an, und stets ist sein Glauben und Hoffen auf die Herstellung der Einigung Deutschlands gerichtet. Er weiß „daß die große Idee der Einheit und Macht in dem Bewußtsein der ganzen Nation liegt, daß es nicht mehr möglich ist, sie zu trennen“, wenn er auch zugleich bekennt: „daß das Factum, welches zur Zeit die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands ausmacht,“ den Ansprüchen jener Idee sehr fern stehe (17. Juni 1833). Er beklagt, daß „der Freund seines Volkes und Vaterlandes dem Bundestage gegenüber in einen inneren Widerstreit befangen sei, daß er das einzige Symbol und Organ der Einheit Deutschlands bekämpfen müsse, um die Freiheit zu erhalten.“ Es ist die deutsche Bedeutung des Ereignisses, welche ihm sogleich bei der Berufung des vereinigten Landtages in

Preußen im Jahre 1847 in die Augen springt. „Wie mangelhaft auch in den Formen der neuen preussischen Verfassung das constitutionelle Princip verwirklicht sein möge — so sagte er in der hessischen Kammer — so ist durch diese Vertretung dennoch der Schwerpunkt der deutschen Politik aus dem Lager der unumschränkten Gewalt auf die Seite der constitutionellen Staaten gerückt.“ Nun erwartet er mit Zuversicht das Nahen des Zeitpunktes, in welchem das Princip der Einheit sich kräftig entfalten, „in welchem die lockeren Bande des Staatenbundes in die festeren Formen des Bundesstaates allmählig übergehen werden.“ — „Wenn aber — so fährt er fort — die Stunde der Gefahr diesen Zeitpunkt herangeführt haben wird, dann wird es gelten, den Bund sowohl in der Vertretung der nationalen Interessen nach außen, als bei der Entwicklung unserer öffentlichen Zustände im Innern, zum Ausdruck der Nationalgesinnung und des Nationalwillens zu machen.“

Wer eine Jugend, ein Mannesalter von solchen Bestrebungen und Thaten hinter sich hatte, wer der großen Idee der deutschen Einigung in den trübsten und ödesten Zeiten treu geblieben war, wie Heinrich von Gagern, wer so lange das Ziel der deutschen Entwicklung fest im Auge, auf der einsamen Warte gestanden, den konnte der Sturm nicht zu Boden werfen, welcher nach langer Windstille im Jahre 1848 plötzlich über Deutschland hereinbrach. Als die Bewegung jenes Frühlings die bisherigen Freunde, Schmeichler und Lakaien der deutschen Throne wie Spreu von hinnen jagte, da traten die misachteten, die schwer gekränkten und verleumdeten, die häufig verfolgten Männer der constitutionellen Opposition, zum Theil unmittelbar aus ihren Kerker, wie Jordan von Marburg, zwischen die aufgeregten freiheitsstrunkenen Bevölkerungen und die niedergeworfenen betäubten Fürsten. So wurde es auch Heinrich von Gagerns erste Aufgabe, den kleinen Staat, in welchem er bisher gewirkt hatte, vom Untergange zu retten. Vom Vertrauen der gesammten Bevölkerung getragen, gelang es ihm, die Bewegung in Hessen in die Bahn der Reform hinüber zu führen. Aber in jener Krisis konnten die Geschicke des Einzelstaats nur in dem Gesichte Deutschlands entschieden werden. In dem Programm vom 6. März, mit welchem Gagern das hessische Ministerium antrat, war in großen Zügen der Weg bereits vorgezeichnet, auf welchem die Nationalversammlung späterhin die Neugestaltung Deutschlands versuchte, und in demselben Augenblicke, als die Ereignisse des 18. und 21. März in Berlin die alten Antipathien in Süddeutschland gegen Preußen, Neid, Furcht und un-

vergessenen Groll zu blindem und wüthendem Haffe angestachelt hatten, sprach er unbeirrt vor den hessischen Ständen die Ueberzeugung aus, daß „Preußen an die Spitze des neuen Deutschlands gestellt werden müsse. Preußen sei durch seine Geschichte und seine Lage darauf hingewiesen, sich auf Deutschland zu stützen, und nur durch die traurigen Schwankungen seiner inneren Politik in den letzten Decennien daran verhindert worden. Das nunmehr frei gewordene Oestreich werde erst das Verhältniß seiner Bestandtheile im Innern neu zu ordnen haben, Deutschland aber dürfe mit seiner Constituirung nicht auf Oestreich warten, wenn auch das mächtige Oestreich niemals ganz von Deutschland gelöst werden dürfe.“

Es war der rettende Gedanke, welchen Gagern für Deutschland gefunden und hier zum ersten Male öffentlich ausgesprochen hatte, die Lösung des alten schweren Räthsels, welches die Sphinx unserer Zerrissenheit und Zwietracht früher oder später in den Abgrund stürzen wird, die Aufhebung des Dualismus der beiden Großmächte und des damit verbundenen Schaukelsystems der kleineren und mittleren Staaten, die Möglichkeit der Constituirung Deutschlands zu einem kräftigen politischen Ganzen, der einzige Weg zur wahrhaften und wirklichen Einheit. Mag früherhin schon dieser und jener den Gedanken Gagerns angestreift haben (auch vor Columbus wurde das Westland gesehen) er hat ihn zuerst festgehalten, ausgebildet, nach allen Seiten hin geltend gemacht und kämpfend vertreten. Er ist der Mittelpunkt seiner deutschen Politik von Anfang gewesen und geliebt, der Gang, welchen die deutschen Geschicke seitdem genommen haben und nehmen werden, beruht auf dieser Combination. Und wenn Heinrich von Gagern nichts gethan hätte, als diesen Gedanken zu finden und auszusprechen, die Nation würde ihn dankbar zu ihren großen Männern zu zählen haben. Aber Deutschland hat diesem Manne noch Größeres zu danken. Nicht allein die Erfassung dieses Gedankens, sondern auch dessen Durchführung in einer nach den freiesten Formen, mitten in einer Revolution gewählten Vertretung der gesammten deutschen Nation, und was kaum minder ins Gewicht fällt — die Bewahrung des Vaterlandes vor der Durchführung der Revolution, vor den Schicksalen Frankreichs in dessen erster Umwälzung und allen lange fortwirkenden traurigen Folgen solcher Zuckungen, zu einer Zeit, wo nur mit moralischen Waffen gekämpft und gesiegt werden konnte, wo es unmöglich war, die Ordnung mit den Bayonetten aufrecht zu halten, wo es unmöglich war, die Bataillone zu gebrauchen, auch wenn man deren besaß — auch das ist vorzugs-

weise Gagern's Verdienst. Verdienste, Zeiten und Umstände freilich, welche dem kurzen Gedächtniß vieler, namentlich hochgestellter Zeitgenossen, völlig entschwunden zu sein scheinen.

Schon im Herbste des Jahres 1847, als das Patent vom 3. Februar und die Haltung des ersten vereinigten Landtags in Preußen die Hoffnungen aller deutschen Patrioten neu belebt hatte, waren Männer aus den verschiedenen deutschen Ständeversammlungen — Gagern unter ihnen — in Heppenheim zusammengetreten, um ein übereinstimmendes Wirken und zusammenstimmende Schritte der deutschen Vertretungen für die Ausbildung des constitutionellen Princips und die Reform der Bundesverfassung anzubahnen. Der Stoß des Frühjahrs sollte nun früher an dieses Ziel, aber nicht über dasselbe hinausführen. In diesem Sinne trat eine zweite Versammlung in den ersten Märztagen 1848 zu Heidelberg zusammen. Es waren insbesondere Kammermitglieder süddeutscher Staaten, in welchen die längere Dauer und Uebung des constitutionellen Lebens, einer größeren Anzahl von Männern für die Ausbildung politischer Einsicht sowohl, wie des Talents und Characters, Spielraum gegeben hatte. Ohne diese süddeutsche Schule, ohne Männer wie Soiron, Welker, Wasserfmann, Mathy, Binding, Jaup, Buhl u. m. würde es schwerlich gelungen sein, der Bewegung Saum und Zügel aufzulegen. Zeigten sich auch hier in Heidelberg schon Abfälle, kam auch hier schon der Bruch in der bisher geschlossenen Opposition dieser Kammern zu Tage, wendeten sich auch hier schon einige unzuverlässige Elemente zur Republik hinüber, so beschloß dennoch die weit überwiegende Mehrheit der ziellos schweifenden Bewegung die Lösung der deutschen Einheit und die Parole des deutschen Parlaments zur Herstellung dieser Einheit zuzurufen. Es sollte streng festgehalten werden an den Grundsätzen der constitutionellen Monarchie, die Bewegung sollte in die Reform hinübergeleitet, mit dem deutschen Parlamente sollte die Revolution geschlossen werden. Um den Bundestag zur Berufung eines solchen zu bestimmen, um der Revolution einen bestimmbaren Mittel- und Haltpunkt zu geben, sollte zunächst ein Vorparlament aus ehemaligen oder gegenwärtigen Mitgliedern der deutschen Ständekammern und etwa von größeren Städten, besonders zu diesem Zweck abzuordnenden Männern, auf die letzten Märztage einberufen werden. Zur weitem Veranstaltung dieser Versammlung und zur Vorbereitung ihrer Berathungen wählten die in Heidelberg Vereinigten die Siebnercommission, in welche auch Heinrich von Gagern eintrat.

Es fehlte wenig, daß gleich in dieser Versammlung, im Vorparlament, dessen Zusammensetzung man nicht hatte beherrschen können, in

welchem Norddeutschland sehr gering, Oestreich gar nicht vertreten war, welches von einer übermäßigen Zuhörermenge terrorisirt wurde, die radicale Partei, welche sich zahlreich eingefunden hatte, zu einem verderblichen und in der damaligen Lage entscheidenden Siege gelangte. Obwohl in der Minderheit, ließen die Republikaner kein Mittel unversucht, die Majorität zu erschleichen, zu ertrogen oder zu erzwingen. In jenen Stunden, wo die Entscheidung fallen mußte, ob Republik, ob Monarchie, wo kein Monarch in Deutschland seinen Thron zu behaupten vermochte, sobald er ernsthaft angegriffen wurde, wo die Partei des alten Systems rathlos und betäubt, nicht einmal einen Gedanken an Widerstand, geschweige denn Entschluß und Kraft zu einem solchen hatte, trat Heinrich von Gagern kühn und groß vor ganz Deutschland in die Schranken. Sein Auftreten entschied gegen die Republik und die Permanenz des Vorparlaments, welche die Radicale sofort beim Beginn der Versammlung beantragt hatten. „Wir wollen praktische Fragen an die Spitze unseres Programms stellen, rief er aus — Lassen sie uns deutsch sprechen und sagen: daß die große Mehrheit von Deutschland und selbst von Süddeutschland hier nicht gehörig vertreten ist, und daß es sich von Vorschlägen einer Minorität handelt, die nach Problemen hascht und unerreichbare Dinge erstrebt. Die Gesamtheit muß uns am Herzen liegen und wir wollen einen Aufruf in diesem Sinne an Deutschland erlassen. Es giebt noch Principien der Freiheit, um die man sich schaaren und nach denen Freiheit bestehen kann — ohne daß man sich auf Probleme einläßt. Sprechen Sie die Ansicht dieser Versammlung aus — daß wir an der Monarchie festhalten, daß wir zwar eine Versammlung bilden, welche die Freiheit will und um des Volkes und der Volkssouveränität willen besteht, aber dem Princip der Monarchie im Staate treu bleibt und zugleich der Nothwendigkeit der Durchführung der Einheit huldigt.“

Es ist kein Zweifel, das Vorparlament hatte gewandtere Redner in seiner Mitte, die Paulskirche hat glänzendere Talente auf ihrer Tribüne gesehen, als Heinrich von Gagern. Gewandtheit der Form, künstlerische Gliederung und Abrundung, logische Schärfe und Feinheit, gleichmäßiger Fluß der Worte, bequeme Fassung, witzige Schlagfertigkeit, glänzende Pointen, vielseitige Beherrschung des Gegenstandes sind anderen Rednern in höherem Maaße zu eigen. Wenn der heißblütige Welker, trotz seiner Jahre, in jeder parlamentarischen Schlacht voran ist und im braven Ungestüm fast über die Menge seiner eigenen Gesichtspunkte stürzt, wenn Mathy in überlegener Ruhe und Kälte den Gegner mit klaren weiter-

zweigten Argumenten niederwirft, wenn Soiron mit der Unwiderleglichkeit des gesunden Menschenverstandes den Nagel jedesmal auf den Kopf trifft, wenn Bassermann die schwachen Punkte der feindlichen Bollwerke mit scharfem Blick zu gewahren, den verdeckten Angriff mit sicherer Hand zu entlarven, die Argumente des Gegners ihm zerbrochen vor die Füße zu werfen versteht, wenn Vinke's fernhafte Schärfe, seine unermüdlige Streitbarkeit, sein unerschöpfter Humor, wenn Dahlmanns inhaltsschwere und wuchtende Rede, Beselers Feinheit und weittragende Anschauung, Simsons frappante Antithesen und glänzende Diction, stets großer Wirkungen gewiß sind, so ist es doch Gagern, dessen Eintreten im Vorparlament wie in der Paulskirche, den Debatten den Schwerpunkt, die entscheidende Wendung, die Peripetie im Sinne der Alten gab. Worin liegt diese Gewalt seiner Rede? Ist es diese hohe stolze Gestalt, die mächtigen Brauen, die den geraden Blick des treuen offenen Auges überschatten, die edle Kraft in Haltung und Gebärde, diese tiefe und volle Stimme, deren männlicher Klang niemals überspannt wird? Dies alles wirkt nur darum so mächtig, weil es der Ausdruck einer vollen, in sich beruhenden Natur, ihrer Gediegenheit und Kraft ist, weil die Gewalt einer tief erfüllten Seele aus Stimme, Haltung und Geberde hervorleuchtet. Die innerliche Betheiligung des ganzen sittlichen Menschen ist es, welche Gagerns Wort einschneidend, seine Rede gewaltig macht. Seiner Natur ist es eigen, jedesmal den Gesichtspunkt zu nehmen, in welchem die sittliche und die politische Seite der Sache zusammen fallen, bei ihm ist die Lösung jeder Frage, das Ergreifen der Entscheidung Gewissenssache. Wie er sich der Sache ganz und voll hingiebt in seiner gefunden ungebrochenen Natur, in welcher der Mensch, der Mann von Ehre, der Patriot und der Staatsmann nicht auseinander fallen, sondern in voller Einheit zusammenwirken — so faßt er auch jede Frage in ihrem eigentlichen Kern- und Mittelpunkte, aus dem Vollen und Ganzen ihrer Bedeutung; und für die so genommene Ansicht tritt er mit seiner ganzen Person ein. Da ist keine Vorsicht, einen Weg für den Rückzug offen zu halten, keine Dunkelheit, welche über die letzte Meinung des Redners einen Zweifel ließe, kein geheimnißvolles Zurückhalten, keine Andeutungen, welche den Redner von der Bedeutung und den Consequenzen der Entscheidung, für die er eintritt, unterscheiden oder fern halten sollen. Je wichtiger der Augenblick, je größer die Gefahr, um so schärfer zeichnet sich Gagern seinen Weg, um so williger giebt er sich preis. Ihm heißt Vorsicht nicht das Bedenken der eigenen Sicherheit, sondern das gewissenhafte Erwägen dessen, was die Sache fordert, eine

Schonung seiner selbst, welche hinter dieser Forderung zurückbliebe, gilt ihm nicht für Klugheit, sondern für Feigheit. Dieses rückhaltslose Eingehen in das Mark jeder Frage, ihre Beantwortung in dem Sinne, wie das Wesen der Partei in ihr wieder gespiegelt ist, die Kühnheit und unwiderrussliche Bestimmtheit, mit welcher Gagern seine Position einnimmt, das ist das Geheimniß seiner Größe und seiner parlamentarischen Bedeutung. In den mächtigen Strom seines Ganges müssen alle abweichenden Arme einzelner Meinungen, abgesonderter Gesichtspunkte wieder münden. An seiner Rede werden sich stets die unsicheren und schwankenden Meinungen orientiren und zurecht finden; die Verzagten wird er stets mit sich fortreißen, die Gedrückten aufrichten, und wie fein und scharf die individuelle Absicht sich innerhalb seiner eigenen Partei hier und da von ihm getrennt haben mag, wie vorsichtig dieser und jener die Klippen zu umgehen sucht, welche Gagern dreist überschreitet — die Macht der Sache und ihre schließliche Entscheidung wird da sein, wo sie in der vollen Ueberzeugung ihrer Berechtigung mit Offenheit und Kühnheit verfolgt wird. Das ist es, was Gagern wie zum hervorragendsten Parteiführer, so zum mächtigsten Manne und Redner in der Paulskirche gemacht hat. Jede große Sache wird von dem am besten und eingreifendsten vertreten, dessen innere Bethheiligung auf der Höhe derselben steht, der ihre ganze Schwere, wie sie in die Waagschale seiner eigenen Entscheidung gefallen ist, in seiner Darstellung zum Ausdruck bringt.

Der formellen Schönheit der Rede ist diese durchgehende Stimmung Gagern's nicht günstig. Die Wucht des Gegenstandes scheint den Redner zu drücken; er arbeitet die Gedanken mühsam und einzeln empor, sie reihen sich nicht leicht und süßsam an den Faden, aber allmählig kommt der Redner in Feuer, die schweren Metalle kommen in Fluß, und wie die Rede ihrem Mittelpunkte sich nähert, fügt sich das Material der Form, die vereinzelt Betrachtungen schließen sich endlich in den Ring des leitenden Gedankens, der von ihnen emporgetragen, allen sichtbar und von allen empfunden, mächtig hervorragt.

Die deutsche Nationalversammlung bot bei ihrem Zusammen-treten (18. Mai 1848) das in der Geschichte der Völker unerhörte Beispiel dar, daß eine mitten in der Revolution nach einem radicalen Wahlgeseß gewählte Vertretung in ihrer starken Majorität entschlossen war, sich dem Weitergreifen der Unwälzung entgegenzustellen und nach einer langen Periode schwerer und unwürdiger Bedrückung, den Besiegten, welche sich so gut wie auf Gnade und Ungnade ergeben hatten, denen damals kein Mittel des Widerstandes zu Gebote stand,

Bedingungen zu bieten, welche unter den vorhandenen Umständen den Character großmüthiger Mäßigung und Besonnenheit an sich trugen. Die Majorität wollte die constitutionelle Monarchie, wie die verwandten Stämme Englands und Belgiens dieselbe erprobt und ausgebildet hatten, in freien und großen Formen; nach demselben Princip sollte der deutsche Bundesstaat die Mannichfaltigkeit unserer Stämme und Staaten zu einem organischen und starken Ganzen zusammenfassen. Es galt diese Gesinnungen sofort beim Beginn der Verhandlungen zu bethätigen und ihnen in dem ersten Akte der Versammlung in der Wahl des Präsidenten einen deutlichen Ausdruck zu verschaffen. Nach einem dafür geeigneten Manne zu suchen, war überflüssig. Gehörte doch Heinrich von Gagern der Versammlung an, der wie kein Anderer die Idee der deutschen Einheit von seinem ersten Jünglingsalter an, im Busen getragen; der als Jüngling und Mann dafür gestrebt und gestritten, der zuerst den Weg gefunden hatte, auf welchem allein zu diesem Ziele zu gelangen sein würde, der treu und fest die constitutionellen Grundsätze vertheidigt, der dieser seiner politischen Ueberzeugung das Opfer seines Amtes und seines Einkommens gebracht, dem eben jetzt die Revolution ein viel schmerzlicheres Opfer abgefordert hatte, das Leben seines älteren Bruders Friedrich. Vor allem auf Heinrichs Wunsch und dringende Bitten hatte dieser die Führung der bereits desorganisirten badischen Truppen gegen Hecker übernommen, um großherzig und patriotisch in der Stunde der Gefahr in die Bresche zu treten und den schwankenden Soldaten durch die moralische Macht einer großen Persönlichkeit Halt und Standhaftigkeit zu geben. — Auch im Hinblick auf die radicale Partei, welche die Minorität in der Versammlung bildete, empfahl sich die Wahl Heinrich von Gagern's, auch diese Partei konnte seiner Unparteilichkeit gewiß sein, auch sie konnte Vertrauen zu solchem Character fassen, auch sie mußte die Ehre und den Patriotismus der ganzen Versammlung durch diesen Präsidenten vertreten finden.

Es war mehr als eine Phrase, mehr als die Stimmung des Augenblicks, wenn Gagern bei der Annahme der Präsidentsur von einem Gefühl der Demuth sprach, mit welchem diese Erhöhung ihn erfülle. Es ist ihm die Demuth großer und ursprünglicher Naturen eigen, welche in der Unmittelbarkeit ihres Wesens, nicht etwa im verzagten Selbstgefühl oder ängstlicher Vergleichung mit anderen wurzelt. Einzelne Talente und Fähigkeiten können gemessen und verglichen werden, sie pflegen auch dem bewußt zu sein, welcher solche Eigenschaften besitzt, wo aber, wie bei Gagern, die Macht der Person auf dem glücklichen Zusammenwirken aller einzelnen Kräfte basiert,

welches dem Willen und der Reflexion nicht unterworfen, aus dem tiefen Grunde der Individualität hervorgeht, da ist auch das eigene Bewußtsein außer Stande, sich über seine Bedeutung und Wirkung Rechenschaft zu geben. So sieht sich Gagern mit Verwunderung an die Spitze von Männern gestellt, welche er in einzelnen Eigenschaften weit über sich erkennt, er beklagt, daß der großen Sache (für welche ihm freilich jede Kraft zu klein scheinen würde), nicht bessere Kräfte zu Dienste stehen, aber er weigert es dem Vertrauen seiner Freunde nicht, diese wie jede andere Stelle einzunehmen, in welcher es gilt, sich rückhaltlos der Sache hinzugeben. Wo das Vertrauen aller ihm entgegenkam, erblickte er nur einen Triumph der Sache, welcher er diente.

In jenen ersten Zeiten der National-Versammlung erschien Gagern wohl von stolzer Freudigkeit emporgerichtet, seine Haltung und Geberde war gehoben von dem Gefühl edler Würde und Kraft, die Hoffnung Deutschlands lag auf seinem Antlitz. So fern er davon war in seiner Person die Stütze der deutschen Sache zu erblicken, so fühlte er sich doch stolz an der Spitze dieser Versammlung, freudig in der Arbeit das so lang gesteckte, nun so viel näher gerückte Ziel, bald zu erreichen. Je theurer ihm das Ziel ist, um so gewissenhafter ist seine Entschliesung, wenn es aber zum Handeln kommt, so handelt er mit ganzem und fröhlichem Herzen, weil er nach treuer Erwägung so handeln zu müssen glaubt. Diese volle Natur seines Thuns, diese Ganzheit des Handelns, diese Fülle der Stimmung giebt seinem Auftreten eine unserer Zeit fast ganz abhanden gekommene Frische und Ursprünglichkeit, die Gewalt des Werdens und Schaffens, die Weihe einer höheren Nothwendigkeit.

Es war kein leichtes Amt, das Gagern zu verwalten hatte. Auch in jenen Tagen nicht, da die Majorität Sieg auf Sieg gegen die Revolution erkämpfte, da sie die Rolle der Convents zurückwies, zu welcher die Auflösung aller Ordnung und Autorität sie fast hindrängte, da es ihr gelang, in der provisorischen Centralgewalt das constitutionelle Princip klar und fest an die Spitze der Neugestaltung Deutschlands zu stellen und dem Vaterlande nach langem Entbehren, das weite sichtbare Zeichen und Pfand seiner Einheit zu geben. Mit jedem Erfolg der constitutionellen Partei wuchs die Erbitterung der radicalen Minorität, je weiter die Hoffnung für die Republikaner schwand, innerhalb der Versammlung durchzudringen, um so heftiger, wilder und mißachtender wurde ihr Benehmen. Zudem fehlte dieser Partei die Voraussetzung jedes parlamentarischen Körpers und des parlamentarischen Kampfes: daß die Versammlung sich in der Majorität anerkenne und achte, daß der Gedanke den Gedanken, die

Ueberzeugung die Ueberzeugung zu besiegen habe; oder man ließ wenigstens diese Voraussetzungen nicht gelten, weil man entschlossen war, innerhalb wie außerhalb der Versammlung, den Sieg mit allen Mitteln zu versuchen. Das Recht des gegnerischen Standpunkts wurde von dieser Seite mißachtet, die parlamentarischen Waffen wurden mit Hohn, mit Schmähungen und Verdächtigungen auch gegen die Mitglieder der Versammlung vergiftet. Während die Abgeordneten der Linken es nicht verschmähten, die unverletzlichen Glieder einer constituirenden Versammlung zu sein, behaupteten sie in der Paulskirche wie in der Presse und in den Volksversammlungen das Recht und die Nothwendigkeit der fortgesetzten, der permanenten Revolution.

Diesem Treiben gegenüber genügte es nicht, den Buchstaben der Geschäftsordnung aufrecht zu erhalten und den Abstimmungen ihren Lauf zu geben. Es galt dem lärmenden Ungeflüm einen festen und muthigen Willen, der Frivolität und Frechheit die Unverletzlichkeit des sittlichen Adels gegenüber zu stellen, es galt der Versammlung Selbstachtung und Würde zu geben. Dieser Aufgabe ist Gagern in unübertroffener Weise gerecht geworden, nicht allein durch den hohen Ernst, mit welchem die Aufgabe der Versammlung ihn erfüllte, nicht allein durch die ihm natürliche Gerechtigkeit, mit welcher er jede Meinung zur Geltung gelangen ließ, nicht allein durch großmüthige Milde und Versöhnlichkeit nach jedem Conflikt, sondern auch durch jenen mächtigen Zorn, welcher in Momenten wilder Unordnung oder frecher Auflehnung die ganze Energie und Hoheit seines Characters offenbarte. Der kleine Zorn des Hasses, der den Feind vernichten möchte und vergebens gegen die Schranken der eigenen Kraft sich auflehnt, macht den Zürnenden ohnmächtig; anders der schmerzvolle Zorn des Kämpfers für eine große Sache, gegen welche Fanatismus und Niedrigkeit sich auflehnen. Dieser Zorn fällt dem Gegner das Urtheil, ohne sich Mann gegen Mann zu messen. Die Linke wurde nicht müde, den Streit auf das Gebiet der Persönlichkeiten zu ziehen, aber Gagerns Zürnen ging wie ein grollender Donner über ihren Häuptern hin und ihre frivolen Einwürfe erschienen nur wie Versuche und Ausreden, sich des beschämenden Eindrucks zu erwehren.

Se kräftiger Gagern die Würde der Versammlung gegen die Feinde derselben in ihrem eigenen Schooße zu wahren und aufrecht zu halten wußte, um so wirksamer war auch das Wort der Versöhnung und des Friedens aus seinem Munde. Nach jedem Conflikt, nach jeder Bedrohung und Störung rief er wieder auf zu einmüthigem Wirken, stärkte er den Glauben der Versammlung an

sich selbst durch die Hinweisung auf ihren hohen Beruf. Der Aufstand vom 18. September 1848 drohte die Versammlung in zwei Heerlager zu sondern, zwischen denen die parlamentarische Debatte, ja die parlamentarische Gemeinschaft kaum noch möglich schien. Die Majorität hatte den Malmöer Waffenstillstand mit großer Selbstüberwindung genehmigt, weil sie die Einheit Deutschlands nicht auf einem schweren Conflikt von unberechenbaren Folgen mit dem ohnehin vielfach verletzten Preußen gründen zu können meinte, weil sie der Democratie in Preußen nicht durch einen verwerfenden Beschluß zum wahrscheinlichen Siege verhelfen wollte. Viele Mitglieder der Minorität erkannten diese Motive an, wenn sie auch die Durchführung des Kampfes gegen Dänemark im nationalen Interesse voranstellten. Anders stand die Linke diesem Beschluß gegenüber. Ihr war Mäßigung Feigheit, Schonung Preußens Fürstendienerei; mehreren Genossen dieser Fraktion war der gegen die Stimmung Süddeutschlands gefasste Beschluß ein erwünschter Anlaß, die constitutionelle Majorität gewaltsam auseinander zu treiben und mit der Republik durchzudringen. Mitglieder der Linken hezten in einer großen Volksversammlung bei Frankfurt die Menge gegen die Majorität auf, die gesammte Linke verhandelte mit Deputationen „des Volks“, welche von ihr begeherten, daß sie die Führung des Aufstandes übernehme, ohne dem Reichsministerium oder Mitgliedern der Majorität eine Warnung zukommen zu lassen. Am Morgen des Aufstandes selbst, während wüthende Haufen die Thüren der Paulskirche zu sprengen versuchten, verlangten Anträge der Linken die Zurückziehung der Truppen, ja auch später, mitten im Kampfe selbst, wurde diese Forderung von einigen Mitgliedern dieser Fraktion dem Ministerium wie dem Reichsverweser gegenüber wiederholt. Es lag ein schwerer Druck, eine schwüle unheilswangere Luft auf der Versammlung als sich die Majorität, aus deren Mitte zwei hervorragende Mitglieder der blinden Wuth des aufgestachelten Volkes erlegen waren, am Morgen des 19. Septembers denen wieder gegenüber sah, welche die moralische Verantwortung des Aufstandes, dieser blutigen Scenen trugen. Die Ehre der gefallenen Genossen, die eigene Ehre stand trennend zwischen denen, welche der Aufstand mit wildem Mord getroffen und denen, welche er als seine Freunde bezeichnet hatte. Im Angesicht solchen Zwiespalts und des Treibens, welches ihn hervorgerufen, in einem Moment, welcher mit der Erinnerung an seinen ermordeten Bruder alle Wunden seines eigenen Herzens wieder aufgerissen hatte, gehörte Gagern's Glaube an den besseren Geist in der Versammlung, an ihren Beruf zu Deutschlands Rettung, es gehörte der Muth und die Größe seiner Sinnesart

dazu, dennoch die heilende Hand an die klaffende Wunde der Versammlung zu legen und mit dem vollen Gefühl der Schmach und Gefahr, welche diese Ereignisse über das Vaterland brachten, das Wort der Versöhnung zu sprechen, das Vertrauen der Versammlung zu sich selbst wieder wachzurufen und „die Fahne der Hoffnung neben diese Todten zu pflanzen.“ — „Die Bewegung in unserem Vaterlande,“ so eröffnete Gagern die Sitzung vom 19. September — „seine Neugestaltung hat neue Opfer verlangt. Ich sagte verlangt, das ist ein unrichtiger Ausdruck, sie sind auf die niederträchtigste Art meuchlings ermordet, sie sind muthwillig und barbarisch hingschlachtet worden. Ich will nicht aufregen, aber das Gefühl der Schaam über die Schmach, welche durch solche Thaten über die Nation kommt, kann ich nicht unterdrücken. Für die Entscheidungen dieser Versammlung verlangt die Nation den Gehorsam aller. Dieser Gehorsam ist von einer Anzahl verblendeter oder irre geleiteter Menschen verweigert worden. Daß eine solche bössliche und auflehrende Weigerung des Gehorsams nicht ungestraft hingehen kann, darüber wird in dieser Versammlung kein Zweifel sein. Wir werden unseren Weg einhalten, der auch die Freiheit schützt. Wir werden keinem Gelüste Vorschub leisten, das etwa rückwärts führen könnte. Es ist bei der Stellung der provisorischen Centralgewalt leicht, mittelst dieser Versammlung bei einer Velleität von Abneigung gegen einzelne Persönlichkeiten, bei der Unzufriedenheit und Kritik über einzelne Regierungshandlungen ein Ministerium zu stürzen, aber schwer, daß ein solches sich wieder gestalte. Daraus muß für diese Versammlung die Warnung hervorgehen, daß es unerläßlich sei, unsern ganzen Zustand zur Erwägung zu ziehen, ehe wir zu entscheidenden Beschlüssen schreiten. Wir sind in diesem Augenblick in der Lage, welche uns die Pflicht auferlegt: das provisorische Ministerium stützen zu müssen. Die Ereignisse und ihre Verwicklungen sind bedeutend, ein kräftiges und entschiedenes Eingreifen dringend und die Verantwortung, die auf den Ministern ruht, groß. Es sind Maßregeln zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe von dem Reichsministerium getroffen worden und wir werden gewiß zu allem die Hand bieten, was zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung nothwendig ist und zwar sowohl zur Erhaltung der Achtung vor dem Gesetz als auch zur Kräftigung der Vollziehung. Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Versammlung, alle werden daran mitwirken. Wollen wir die Freiheit, so müssen wir sie mit Maß wollen und ihr Maß lehren. Wollen wir die Einheit, so lassen sie uns vor Allem hier einträchtiger zusammenwirken!“ So wußte Gagern an der Größe der Aufgabe auch in den traurigsten Mo-

menten die erschütterten Gemüther wieder aufzurichten. Während er das strengste Gericht über die verübten Frevel hielt, schloß er Keinen von der Anforderung aus, durch gemeinsame Rettung des bedrohten Werkes das, was geschehen war, zu sühnen, und rief die gegenseitig erbitterten Gemüther in dem gemeinschaftlichen Ziele zum Frieden.

In diesem großen Sinne, mit solcher Würde und Kraft hat Gagern acht Monate lang das Präsidium der National-Versammlung geführt. In stürmischer Zeit hat er der Versammlung Recht, Würde und Maaß gegeben und sie auf diesem Wege erhalten (was kein anderer vermocht hätte), er hat ihr den Stempel seines eigenen Characters aufgedrückt und das Bewußtsein ihres hohen Berufes ihr stets lebendig erhalten. Was an Vaterlandsliebe, an Glauben und Muth für das Gelingen des Werkes, an Entschlossenheit und aussharrender Treue in dieser Versammlung lebte, hat in ihm stets seinen Mittelpunkt und seinen Ausdruck gefunden. In technischer und formeller Rücksicht war seine Leitung keineswegs vollkommen. Fehlte ihm auch für jeden die Würde und die Ordnung des Hauses verletzenden Zwischenfall ein treffendes und gewichtiges Wort der Rüge oder der Ausgleichung nicht, so geschah es doch zuweilen, daß er irrte und eine rasche Aeußerung zurücknehmen mußte. Und an dem Wesen war ihm so viel und so wenig an der Form und an dem Schein gelegen, daß er gern jeden Fehltritt eingestand. So kühn und groß er in all seinem Thun, in seinen politischen Entschliesungen und Handlungen war, eben so willig und bereit war er sich zu beugen, wo es die Wahrheit verlangte. Aber derselbe Sinn, der in sicherem Instincte, in dem freien und glücklichen Zuge seines Innern die verworrensten Fragen aus dem Wesen der Sache heraus zu lösen wußte, stockte öfter vor kleinen Verwickelungen und es gelang ihm nicht immer und nicht ohne Mühe die Fragestellung streng logisch und zweckmäßig zu ordnen.

Wenn Gagern schon als Präsident auf die Versammlung einen bedeutenden Einfluß ausübte, so hat er auch außerdem auf ihre Politik, auf den gesammten Verlauf der Dinge sehr wesentlich eingewirkt. In entscheidenden Augenblicken trat er in die Reihe der Abgeordneten zurück, um das Gewicht seiner Ansicht und Ueberzeugung auch in der Debatte zur Geltung zu bringen. Am eingreifendsten und vom öffentlichen Urtheil am meisten gepriesen wie am schärfsten angegriffen, war sein Auftreten bei der Einführung der provisorischen Centralgewalt. War die Majorität der Versammlung auch darüber einig, daß das constitutionelle Princip in der

Form dieser Regierung an die Spitze der deutschen Verhältnisse gestellt werden müsse, so blieb es doch fraglich, ob bereits im Provisorium die Executive eine einheitliche sein könne, oder ob nicht zunächst ein Directorium als Uebergangsform vorzuziehen sei. Alle Erwägungen staatsmännischer Einsicht waren in dem Bericht des Ausschusses von Dahlmann zu Gunsten des letzteren Ausweges entwickelt. Gerade um des letzten Zieles, um der Einheit willen, so schien es, müsse zunächst auf das Ideal verzichtet, müsse zunächst das Verlangen gemäßigt werden. Vor allen Dingen war es nothwendig, daß diese Centralgewalt eine wirkliche Gewalt war; die vorhandene Gestaltung des deutschen Lebens mußte ihr deshalb zu Grunde gelegt und in ihr vertreten werden. Darum sollten die drei großen Theile, in welche die Geschichte Deutschland zerlegt hatte, Oesterreich, Preußen und die Gesamtheit der mittleren und kleineren Staaten, in einem dreieitlichen Directorium vertreten sein. Aber wie schwer auch diese Gründe wiegen mochten, das Verlangen der nationalen Einheit war so stark in den Gemüthern und wurde so entschieden als die herrschende Idee der Bewegung, als der Lebenskeim der neuen Epoche empfunden, daß die einheitliche Spitze, welche zudem von der streng monarchischen Rechten, wie von der republikanischen Linken her gleichmäßig unterstützt wurde, im Laufe der Debatte auch in den Centren größeren Raum gewann. Ueber die Art der Begründung dieser neuen Gewalt, über das Recht, welches den Regierungen hierbei einzuräumen sei, gingen die Meinungen ebenfalls weit auseinander. Die Mehrzahl der Mitglieder war der Ansicht, den Regierungen den Vorschlag, der Versammlung die Zustimmung und dann den Regierungen wiederum die Einsetzung der Centralgewalt zuzugestehen.

Sagern entschied sich für die Einheit. Daß der Inhaber dieser Gewalt ein Fürst sein müsse, daß er einer der beiden Großmächte angehören müsse, um schon durch seine Geburt republikanischen Zumuthungen und Gestaltungen entgegen zu treten und das monarchische Princip in Deutschland aufrecht erhalten zu können, daß kein Anderer berufen werden könne, als der Erzherzog Johann von Oesterreich, damals der einzige Fürst von populärem Ruf, der einst in hoffnungsloser Zeit ein unvergessenes Wort deutscher Gesinnung gesprochen hatte, stand bei ihm von vorn herein fest. Bei der Art der Einsetzung fragte sich Sagern, ob es im Interesse Deutschlands, im Interesse der Fürsten sei, der baldigen Verwirklichung dieser auf das Dringendste von den Umständen geforderten Gewalt Hindernisse und Verzögerungen zu bereiten, indem man die Regierungen zuerst über die Personen von Directoren oder über die Person des Reichs-

verwesers sich zu vereinbaren veranlaßte, dann die Versammlung votiren ließ und endlich wieder einen Akt der Regierungen forderte? Mußte ein Beschluß der den Interessen der Regierungen freiwillig Rechnung trug, durchaus auch in seiner Ausführung ihnen anheimgegeben werden, während die Lage der Dinge zur schleunigsten That drängte? Lag es endlich im Interesse der Versammlung eine solche Art der Einsetzung trotz einer starken und widerwilligen Minderheit zu beschließen? Konnte dies einem Beschlusse, der die Neugestaltung Deutschlands inauguriren sollte, konnte dieß der Stellung und der moralischen Stärke der zukünftigen provisorischen Centralgewalt vortheilhaft sein? Was konnte endlich in der damaligen Situation ein strenger Sieg durch die Mehrheit frommen, der nichts enthielt, was den Sympathien der linken Seite des Hauses, was den von der Demokratie beherrschten Gesinnungen des Volkes entsprach? Und worauf sollte denn schließlich diese neue Gewalt, welche nicht die alten Verhältnisse, sondern die neue Bewegung verlangte, errichtet werden, als auf moralischen Grundlagen, wodurch konnte sie stark sein, als durch die Stimmung und Zuneigung der Mehrheit des deutschen Volkes?

Ohne Verabredung mit irgend einer Partei, ohne die Unterstützung irgend eines seiner Freunde trat Gagern am Schlusse der Debatte mit dem Resultate seiner weit überschauenden Erwägungen vor die Versammlung. Er drängte dieselben in wenige inhaltsschwere Sätze zusammen. „Ich würde es bedauern — sagte er — wenn es als ein Princip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache nichts sollten zu sagen haben. Aber, meine Herren, ich thue einen kühnen Griff, ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen. Darum müssen wir sie selbst schaffen: Sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einlösen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen und weil wir nicht gewiß sind, daß sie dann schnell geschaffen werden wird, wenn wir die Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen. Es ist ein Unterschied, ob wir die Vollziehungsgewalt aus Dreien oder aus Einem bestehen lassen. Würde die Ansicht die überwiegende sein, daß sie aus Dreien bestehen sollte, dann wäre die Schwierigkeit nicht so groß, vielleicht läge die Verständigung der Regierungen schon vor, oder sie wäre leicht zu erreichen. Aber die Majorität dieser Versammlung scheint mehr und mehr zu der Ansicht gekommen zu sein, welche ich theile, daß die künftige Centralgewalt Einem Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern übertragen werden müsse. Meine Herren, über diesen Einem könnten solche Schwierigkeiten entstehen, daß wir die Regierungen nur einer großen Verantwortlich-

keit überheben, indem wir auf ihre nachträgliche Einstimmung rechnen und ihnen die Wahl und den Vorschlag erlassen. Aus der höchsten Sphäre müssen wir den Reichsverweser nehmen, denn wir bedürfen jetzt eines Mannes, der hoch steht und sich der Unterstützung aller Staaten ohne Widerspruch muß versichert halten können, wenn er das Amt antreten soll, das Sie ihm zudenken. Die Unterstützung der Versammlung und des Volks wird ihm von der einen Seite werden, weil er ein Fürst ist, von der andern, weil er, obgleich ein Fürst, von der National-Versammlung gewählt ist."

Stürmischer Beifall folgte. Gagern hatte die Entscheidung aus dem Kern der Frage, aus dem Wesen der Situation heraus getroffen. Es war als ob er das innerste Bedürfnis der Versammlung gefunden und ausgesprochen, als wenn er die Mehrheit durch seinen Vorgang und Vorschlag von dem Zwang ihres eigenen Princip's, ihrer eigenen politischen Ueberzeugung befreit hätte. Dennoch fanden sich bei der Abstimmung über die Frage, „ob der Reichsverweser von der National-Versammlung zu wählen sei," 135 verneinende Stimmen, von denen nur einige dreißig der Rechten angehörten, welche das Princip der Vereinbarung mit den Regierungen streng aufrecht erhielt. Die übrigen würden für eine Fassung des Antrags im Sinne Gagern's: daß die Versammlung im Vertrauen auf die Zustimmung der Regierungen den Reichsverweser erwähle, ihre Stimme gegeben haben. Aber die linke Seite hatte, weil unmittelbar nach Gagern's Rede die Debatte geschlossen worden war, die Einbringung neuer Anträge aus formellen Gründen hartnäckig und tumultuarisch verweigert. So war den Männern, welchen es über jeden augenblicklichen Erfolg hinaus wichtig erschien, die Zustimmung der Regierungen und damit den Beistand ihrer noch vorhandenen Macht der Centralgewalt zu sichern, welche principieell die Autorität der Regierungen durch die Versammlung nicht geschwächt, sondern gehoben sehen wollten, nichts übrig als in der Negative zu bleiben. Dennoch war es ein großes Gelingen, daß dieser Weg eingeschlagen, daß in demselben Zuge die constitutionellen Grundlagen der provisorischen Regierung festgestellt und die Wahl des Reichsverwesers vollzogen wurde. Das Princip der constitutionellen Monarchie wurde dadurch mitten in der Revolution und durch dieselbe selbst sanctionirt, in dem Reichsverweser war der künftige Kaiser vorgebildet, aus der Umwälzung heraus war eine Macht geschaffen, welche eben durch diesen Ursprung die Revolution zu bändigen im Stande war und dieser Aufgabe in wohlthätiger Weise genügt hat. Die Versammlung aber hatte sich eine regelmäßige Regierung gegenübergestellt und sich damit selbst vor künftigen Uebergreifen gesichert.

Nicht minder bedeutend als bei diesem Beschlusse trat Gagern in die Debatte über die ersten Bestimmungen der Reichsverfassung ein. Es handelte sich um die Vorschriften, daß kein Theil des deutschen Reichs mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe, und daß in dem Falle, wenn ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt habe, das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion geordnet werden müsse. In diesen Festsetzungen lag der Grundstein und Kern des ganzen Baues; es handelte sich um das Verhältniß Oestreichs zu Deutschland, es handelte sich dabei zugleich um die Oberhauptsfrage, die von der Stellung Oestreichs zu Deutschland vollkommen abhängig war. Die Versammlung hielt fast in ihrer Totalität diese Bestimmungen mit Recht für die unerläßlichen Bedingungen eines lebenskräftigen Bundesstaates; der Linken waren sie willkommen, weil sie den Ruin des alten Oestreichs beschleunigen mußten; von den Centren waren viele ebenfalls der Ansicht, man müsse mit diesen Bestimmungen die Trennung Deutsch-Oestreichs von den außerdeutschen Gebieten erleichtern, um jeden Preis müsse ganz Deutschland dem neuen Reiche gesichert werden. Welches Verhältniß, Preußen und Oestreich im Bundesstaat neben einander gestellt, einnehmen sollten und möglicher Weise einnehmen könnten, wie das eine dem andern sich unterordnen werde oder könne — das war den meisten zur Zeit dieser Debatte (Ende October 1848) wie die ganze Oberhauptsfrage noch völlig unklar. Einige meinten allerdings, wenn die Habsburger Stalien, Ungarn und Galizien aufgäben, so müsse man sie dafür an die Spitze Deutschlands bringen — aber ob sich Preußen dann fügen würde und wie diese Unterordnung zu bewerkstelligen sein werde, war schwer zu beantworten, andere glaubten sich auf die systematische Feststellung der Verfassung beschränken und das Uebrige den Ereignissen überlassen zu müssen. Die bedeutenderen Mitglieder der Majorität waren der Ansicht, daß man Oestreich gegenüber die Bedingungen des Bundesstaats in der Verfassung streng festsetze, und daß man es sodann Oestreich selbst überlassen müsse, wie es sich zu diesen stellen werde, wolle und könne; ob es diesen Bedingungen gerecht zu werden gedächte, oder welches andere Verhältniß zum Bundesstaate ihm erwünschter und angemessener erscheinen möchte.

Anders Gagern, dessen Auffassung von der nothwendigen Stellung Oestreichs zu Deutschland wir bereits kennen. Er hatte niemals zu denen gehört, welche eine Einheit für ganz Deutschland träumten, die Vorschreibungen von einem mitteleuropäischen Weltreich, welches ganz Oestreich und das übrige Deutschland in gemeinschaftlicher Ver-

fassung umschließen sollte, mit welchen ein paar österreichische Abgeordnete damals zuerst hervortraten, gingen ohne Wirkung an seinem praktischen und gesunden Sinne vorüber. Niemals hat Gagern auch theuern Idealen zu Liebe die Natur der Dinge verkannt; er wollte die Verfassung für Deutschland auf dessen dauernde und unvergängliche Beziehungen und Formationen gründen, welche durch die Revolution wol einen Augenblick zurückgedrückt und geschwächt, aber niemals beseitigt und ausgerottet werden konnten. Den theoretischen Konsequenzen aus der Natur des Bundesstaates, welchen man auch in der Mehrheit so viel Gewicht beilegte, setzte Gagern die reale Lage der Dinge gegenüber. Ihm galt es mehr, daß die Verfassung in ihren positiven Bestimmungen den wirklichen, durch eine Geschichte von Jahrhunderten fixirten Grundverhältnissen Deutschlands entspreche, als daß eine systematisch vollendete Norm für den Bundesstaat gegeben werde. Er hielt es für unweise, die Lebensfrage für die deutsche Nation und für die Verfassung offen zu lassen, für unstaatsmännisch, Oesterreichs Antwort abzuwarten, da diese schon in dessen Wesen gegeben sei, für unklug, zu warten wo man durch Handeln zuvorkommen könne, für unzumuthbar, harte Bedingungen einem Staate gegenüber auszusprechen, von dem man sehr wol wisse, daß er diesen niemals gerecht werden könne, ohne sich selbst aufzugeben; er hielt es endlich für feige, von den Ereignissen die Lösung fundamentaler und schwieriger Fragen sich in die Hand drücken zu lassen. Es kam dazu, daß in jenen Tagen, in welchen über jene Artikel abgestimmt werden sollte, Oesterreich in den Zuckungen einer neuen Revolution lag, daß die Demokratie in Wien mit den Ungarn, Italienern und Polen im Bunde die Regierung bekämpfte, daß die Hauptstadt in den Händen der radikalen Partei war. Das Aussprechen jener Bestimmungen in der Reichsverfassung auch für Oesterreich, hieß in diesem Augenblicke die Zwecke des Aufstandes wesentlich befördern, hieß der Rebellion neue Kräfte und Vorwände zuführen. Solches Verfahren erschien dem Patriotismus Gagern's, der als ein wahrhaft „großdeutscher“ auch Oesterreich stets umschlossen hat, unbrüderlich und nicht loyal. Für ihn war das Verhältniß, welches Deutschland und Oesterreich zu einander einzunehmen hätten, durch den über beiden stehenden Beruf der deutschen Nation festgestellt. Oesterreich war seiner Ansicht nach nicht bestimmt, den Kernpunkt des deutschen Lebens zu bilden und dessen politische Entwicklung zu führen. Oesterreichs Aufgabe war es nach Gagern's Auffassung vielmehr, in der Herrschaft der deutschen Bestandtheile über die undeutschen, das Vorschreiten der deutschen Bildung und Colonisation nach dem Osten zu tragen und zu

leiten. Dazu gehört aber, daß Oestreich unabhängig steht von dem centralen deutschen Leben, dessen Bedingungen auf andern Grundlagen ruhen. Warum sollte dieses Verhältniß nicht sofort ausgesprochen werden, warum sollten mit den für Oestreich unannehmbaren Bedingungen für den deutschen Bundesstaat nicht zugleich die positiven Bestimmungen eines möglichst engen Verbandes zwischen diesem und der östreichischen Monarchie ausgesprochen werden? Den Schein, welchen die meisten fürchteten, als ob man dadurch Oestreich von Deutschland absichtlich ausschließen wolle, fürchtete Gagern nicht, wenigstens schlug er ihn geringer an, als den Schein: mit der schroffen Festsetzung der Normen des Bundesstaats auf den Zerfall Oestreichs zu speculiren. So brachte Gagern zu jenen Artikeln der Verfassung, welche auch er unverändert beschloffen wissen wollte, folgenden Zusatzantrag ein: „Oestreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflösblichen Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundesacte.“

Besonders mächtig und ergreifend sprach sich Gagern in der Rede, welche diesen Antrag begleitete, über die Bedeutung der östreichischen Monarchie aus. „Es könne zweifelhaft erscheinen — so sagte er — was der Hauptbestandtheil der östreichischen Monarchie sei. Aber wenn auch das deutsche Element der Zahl nach in der Minorität sei, so sei doch nicht zweifelhaft, daß es das einflußreichste in dieser Monarchie sei. Darum dürfe eine Abtrennung Deutsch-Oestreichs wie das Verhältniß der Personalunion sie verlangen würde, nicht gefordert werden. Die Personalunion werde für Oestreich die Auflösung der Monarchie sein, wie man dies auch bemänteln möge. In deutschem Sinn und Interesse aber sei die östreichische Monarchie nicht zu zerstören, sondern so zu sichern, daß sie ein mächtiges Reich bleibe, mit dem deutschen Bundesstaate zur Lösung der großen und gemeinsamen nationalen Aufgabe eng verbunden.“ „Wir haben zwar den Beruf“, so fuhr er fort, „dem gesammten deutschen Volke eine Verfassung zu schaffen, aber wir haben auch die Verpflichtung mit diesem Berufe übernommen, den Verhältnissen, den Thatsachen diejenige Rechnung zu tragen, welche getragen werden muß, wenn wir die Verfassung lebensfähig schaffen wollen. Andere Völker würden es für ihre erste Pflicht halten, durch ihre Verfassung den Besitz nicht eines Dorfes in Frage zu stellen, und wir sollten leichtsinnig mit der Auseinanderreißung Oestreichs eine ganze reiche Anwartschaft nationaler Entwicklung dem bisherigen Zusammenhang ent-

fremden, dem Zufalle preisgeben? Wir sollen jetzt in diesem Augenblicke die Fackel in das brennende Haus schleudern?"

Vergebens wies Gagern diesmal der Versammlung den richtigen Weg. Die Sprache des Staatsmanns verhallte vor der Unentschlossenheit, vor der Abstraction des „ganzen Deutschlands“, vor der unweisen und kurzsichtigen Klugheit nüchterner Berechnung, vor der ängstlichen Besorgniß, den Schein der Ausschließung Oestreichs auf sich zu laden. Die Versammlung folgte Gagern zu ihrem großen Nachtheil nicht wie bei der Gründung der provisorischen Centralgewalt. Entschloß man sich damals mit ihm groß und kühn die Initiative zur Ordnung des Verhältnisses zu Oestreich in die Hand zu nehmen, kam man zugleich mit diesem Beschlusse der östreichischen Regierung in ihrer damaligen bedrängten Lage zu Hülfe, unterhandelte man schnell und aufrichtig über die näheren Bedingungen eines solchen Verbandes, welche Gagern in seiner Rede bereits in den Grundzügen angedeutet hatte, damals als die Verhältnisse in Deutschland noch flüssiger waren — man hätte den Abschluß des ganzen Verfassungswerkes, die Entscheidung der Oberhauptfrage wesentlich erleichtert und beschleunigt und die Zustände Deutschlands lägen heute vielleicht ganz anders. Freilich tragen auch hier die Abgeordneten Oestreichs, wie in den letzten Entscheidungen über die Verfassung, den größten Theil der Schuld — sie verhielten sich, wie gegen jene Artikel der Verfassung, so auch gegen den Antrag Gagerns nur abwehrend, ohne alle positiven Vorschläge.

Gagern sah das Schicksal seines Antrags bei der Abstimmung voraus, er zog ihn mit den prophetischen Worten zurück: „Ich weiß, daß mein Antrag die Mehrheit des Hauses nicht erhalten wird. Die Lösung der Frage, wie ich sie von der Zukunft erwarte, habe ich nach meiner Ueberzeugung darstellen zu müssen geglaubt. Bis zur zweiten Abstimmung über die Verfassung (die Versammlung hatte zwei Lesungen der Verfassung beschlossen) wird die Nationalversammlung Gelegenheit haben, aus den Ereignissen und den entwickelten Ansichten ein Resultat zu ziehen. Die Zeit dieser Versammlung will ich mit einem Namensaufruf über meinen Antrag nicht verschwenden lassen, und ziehe ihn deshalb bis zur zweiten Lesung zurück.“

Es vergingen nicht zehn Wochen und die Majorität mußte dem Antrage Gagerns zustimmen, der jetzt vielleicht nicht 60 Stimmen erhalten hätte. Aber eine kostbare Zeit war unwiederbringlich verloren. Was Gagern vorausgesehen hatte, geschah. Unwillig wies die Stimme der deutsch-östreichischen Provinzen die „versuchte Auseinanderreißung“ der Gesamtmonarchie zurück, mit der Hinrichtung

Blum's warf die siegreiche östreichische Regierung der Nationalversammlung einen blutigen Fehdehandschuh ins Antlitz, der erste Act der neubefestigten kaiserlichen Politik war das Programm von Kremser, welches von Wien her der Ansicht Gagern's begegnete und die gesonderte Neugestaltung Gesamtösterreichs und Deutschlands verlangte: erst dann werde sich das Verhältniß beider zu einander feststellen lassen. Zu gleicher Zeit gestaltete sich das Verhältniß der Nationalversammlung zu Oestreich von Tag zu Tag feindseliger; Graf Dheyne sprach es offen von der Tribüne aus: wenn die National-Versammlung Oestreich haben und beherrschen wolle, so möge sie Oestreich erobern. Wollte man zu einem ersprießlichen Verhältniß kommen, so mußte auf Gagern's Antrag, auf seine Auffassung der gebotenen Stellung Deutschlands zu Oestreich zurückgegangen werden. Damit war zugleich die Lösung der Oberhauptfrage in Gagern's Sinn gegeben, für welche die gleichzeitig eintretende Wendung der Dinge in Preußen durch die Auflösung der Versammlung in Berlin, durch die Detroirung der Verfassung und die damit verbundene Wiederherstellung der Gewalt und Autorität der Regierung zu Anfang des December nur von wesentlicher Förderung sein konnte. Das Reichsministerium unter dem Präsidium des Herrn von Schmerling war selbst der Ansicht, daß zu Unterhandlungen mit Oestreich über dessen Verhältniß zu dem zu begründenden deutschen Bundesstaate geschritten werden müsse. So sehr sich Schmerling in gewandter Führung der Geschäfte in den schwierigsten Lagen bewährt hatte, so entschlossene Maßregeln er der weiter greifenden Umwälzung entgegengestellt hatte, so war er doch zu sehr Oestreicher, als daß es angemessen erscheinen konnte, ihm selbst die Führung dieser Unterhandlungen zu überlassen. Zudem war er zuvor dem Gagernschen Antrage entgegen gewesen, er fühlte selbst, daß die Leitung dieses Geschäfts ihm nicht allein oder in erster Reihe übertragen werden könne; wie die übrigen Mitglieder des Ministeriums wünschte er zu diesem Behufe den Eintritt Gagern's. Gagern war augenblicklich bereit, auch unter Schmerling's Präsidium in das Cabinet zu treten, die Besorgniß seiner Freunde, daß er in dieser Verbindung seine Popularität, seinen Einfluß in der Versammlung gefährden werde, theilte er nicht. Ihm war es genug, überall für seine Ueberzeugung einzutreten — hatte er doch bereits für sich die Acte des Bündnisses mit Oestreich mit jenem standhaften Fleiße ausgearbeitet, der ihn immer die Wege zu seinem kühn ergriffenen Ziel Schritt für Schritt zurücklegen ließ. Noch weniger kam es ihm darauf an, der erste zu sein, am wenigsten trieb ihn Ehrgeiz, eine hohe und mindestens äußerlich gebietende Stellung einzunehmen. Gewichtiger schie-

nen die Bedenken Anderer, daß mit dem Bleiben Schmerling's im Cabinet, die Unterhandlung selbst gefährdet sein würde, daß Schmerling, immer in intimer Kenntniß des Standes derselben, in ausschließlichem Interesse Oestreichs dieselbe hinterrücks verzögern, misleiten und durch Intriguen kreuzen werde. Auch diese Gründe schlugen bei Gagern nicht an, selbst durchsichtig und wahrhaft bis auf den Grund des Herzens, fehlt ihm sogar das Organ des Misstrauens. Dennoch mußte Schmerling endlich vor dem entschieden ausgesprochenen Willen der Centren aus dem Ministerium weichen, nachdem er die Ermächtigung, welche er im Namen des Ministeriums für die Unterhandlung mit Oestreich forderte, dahin erklärt hatte: daß die ersten Schritte derselben dahin gerichtet sein müßten, auch Oestreich in den Bundesstaat aufzunehmen. Man würde die österreichische Regierung dann auffodern, anzugeben, welche Modificationen sie verlange, um eintreten zu können. Wenn sie überhaupt nicht eintreten wolle, so würde die Frage dahin erweitert werden müssen, welches völkerrechtliche Verhältniß Oestreich zu Deutschland einzunehmen habe. (Hayn, die deutsche National-Versammlung II, S. 133.) Schmerling wollte also über Modificationen der Verfassung des Bundesstaats zu Gunsten Oestreichs unterhandeln, Gagern ging von dem völkerrechtlichen Verhältniß beider aus. Und welcher Spielraum war der Verzögerung, welche Gelegenheit jeder Intrigue gegeben, wenn man auf diesen Weg Schmerling's einging! Nach Altem, was von Oestreich trotz des habsburgischen Reichsverwesers und des österreichischen Ministerpräsidenten der Nationalversammlung gegenüber bis dahin geschehen war, nach allen Erfahrungen, die man gemacht hatte, gewann es den Anschein, als ob Schmerling diese Unterhandlungen nur einleiten wolle, um Zeit und günstigere Gelegenheit für Oestreich zu gewinnen, vielleicht den Abschluß des Bundesstaats für Deutschland ganz zu verhindern. Und dazu sollte man Gagern hergeben, den besten Mann der Versammlung, den letzten Anker und Stern aller Patrioten, die einzige Bürgschaft für den glücklichen Abschluß des Verfassungswerks? In einem solchen Conflict mußte wol eine schon längst in der Versammlung wachsende Abneigung gegen Schmerling den Sieg davontragen. Man entschied sich für die Uebergabe des Ministeriums an Gagern allein.

Am 18. December 1848 übergab Gagern der Versammlung sein Programm. Es verlangt die Sonderstellung Oestreichs zu Deutschland, aber zugleich die Aufrechthaltung des bestehenden Bundesverhältnisses und die Umbildung desselben mittelst einer besondern Bundesacte zu einer nähern Union Oestreichs mit dem deutschen Bundesstaate. Zu diesem Ende fordert das Ministerium die Er-

mächtigung der Versammlung, eine gesandtschaftliche Verbindung mit Oestreich zu eröffnen: von dieser Unterhandlung ist die Verfassung des deutschen Bundesstaats ausgenommen. Gleichzeitig erklärte Gagern dem Erzherzog-Reichsverweser: daß seine Wirksamkeit als Minister sich darauf richten werde, die Würde des Reichsoberhauptes der Krone Preußen erblich zu übertragen. Da war keine Unklarheit, kein Hinterhalt, niemals ist ein Ministerium mit größerer Offenheit angetreten, niemals mit freiwilligerem Verzicht auf jeden Schein geführt worden.

Gagern verhehlte sich die Größe der Aufgabe nicht, welche er übernommen hatte. Aber es galt, den entscheidenden Kampf um den Abschluß der Verfassung in der Versammlung, um die Einführung derselben in Deutschland. Er wußte, welche Coalition von Gegnern in der Versammlung, wenigstens in der Negative gegen ihn einig sein würde, er wußte, daß die alte Majorität, welche bis dahin einmützig gegen die linke Seite zusammengehalten hatte, jetzt wo es an das positive Gestalten, an den positiven Abschluß der Verfassung ging, zusammenbrechen würde, er wußte, welcher Kampf gegen die verschiedenartigsten Interessen bevorstände. Die Oestreicher wollten sich nicht aus Deutschland hinauswerfen lassen, die Baiern wollten in Oestreichs Festhaltung in Deutschland eine Stütze gegen Preußen, die Ultramontanen (die preussischen nicht ausgenommen) wollten die katholische Großmacht nicht missen, am wenigsten ein protestantisches Kaiserthum zugeben, die Linke wurde nicht müde, den Ruf: „das ganze Deutschland soll es sein,“ ertönen zu lassen und über Verrath am Vaterlande zu schreien, die Particularisten endlich wollten das Schaukelsystem für ihre kleinen Staaten zwischen Oestreich und Preußen durch die Abscheidung Oestreichs vom Bundesstaate nicht stören lassen. Die „Diplomaten“ wie die „Phantasten der deutschen Einheit“ standen gleichmäßig gegen Gagern und den einzig möglichen Weg zur deutschen Einheit und Verfassung in den Waffen.

Dennoch siegte Gagern. Wenn eindringliche Worte eines hervorragenden Mannes vermögen, Erzürnte zu versöhnen, Kleinmüthige zu erheben, Gleichgültige zu erwärmen, Mißtrauende zur Hingebung zu stimmen, Unklarheiten zu lichten und die Gemüther auf ein großes, festes und klar erkanntes Ziel hinzulenken, so muß die Rede, mit welcher Gagern am 13. Januar 1849 die dreitägige Debatte über sein Programm schloß, an diesem Siege einen erheblichen Antheil gehabt haben. Er begann mit einem Hinblick auf die Stammeseifersucht zwischen Oestreich und Preußen, welche im Laufe der Debatte, mehrfach angeregt, widerwärtig genug zu Tage gekom-

men war — hatte doch Vogt in seiner frechen Weise Gagern selbst vorgeworfen: sein Project sei nichts als eine Hohenzollernsche Intrigue. „Es ist eine niederdrückende Erscheinung — so begann er — daß selbst in diesem Saale an Sympathien und Antipathien der einzelnen Stämme appellirt worden ist, daß man diese Feinde der Einheit, die wir längst besiegt zu haben glaubten, wieder heraufbeschworen hat. Sympathien und Antipathien müssen niedergekämpft werden, sonst ist die Lösung der Frage, welche uns vorliegt, nicht möglich.“ Schonend und entschuldigend berührte er sodann das feindliche Verhältniß Oestreichs zur Centralgewalt, nicht eine Anklage, sondern einen neuen Beweis für die Unmöglichkeit, daß Oestreich eine andere Stellung als die eines weiteren Bundesgenossen zu Deutschland einnehme, zog er aus jenen Ereignissen. Er zeigte die Unmöglichkeit eines Eintritts des Gesamtreichs in den Bundesstaat, jenes Mittelreichs von 70 Millionen Menschen, er bewies, daß es mit den Forderungen der deutschen Nationalität unvereinbar sei — und mit den Forderungen der Freiheit noch weniger sich vertrage, ein Duzend fremder Nationen im deutschen Parlament tagen zu lassen; daß Oestreich mit den deutschen Provinzen allein nicht eintreten könne, ohne den Gesamtstaat aufzuheben, oder wenn dies nicht geschehen solle, es die Bildung des Bundesstaats verhindern oder nur unter so laxen Formen zulassen könne, daß dieser nichts anderes als die Erneuerung des Glends des Bundestags herbeiführen könne. Nicht ausweichend, sondern mit voller Betonung accentuirte er den Zusammenhang dieser Frage über Oestreich zur Oberhauptsfrage. Er wies auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen Executivgewalt, auch aus dem Gesichtspunkte der parlamentarischen Regierung hin, die unmöglich bei einer zusammengesetzten Behörde, welche von den Aufträgen der Einzelstaaten abhängt, bestehen könne. Er war der erste, der es direct und offen in der Paulskirche aussprach: „Ich will ein einheitliches und zwar ein erbliches Oberhaupt. Der Bildung eines solchen werden die dynastischen Interessen, die Gefühle und Traditionen einzelner Volksstämme, noch viele Schwierigkeiten in den Weg legen. Aber ich rechne auf den gesunden Sinn des Volks, auf den Einfluß, den seine Vertreter, welche hier sitzen, haben werden, und auf die Einsicht der Fürsten, die an der Spitze stehen. Es werden dazu entscheidende Schritte nöthig sein, es gehört namentlich in der letzten Stunde die Erhebung dieses Hauses dazu, um die Uebereinstimmung zu einer That zu bezeugen, und ich gebe die Hoffnung nicht auf.“

Gagern hatte sein Programm in schwerem Kampf durchgesetzt, mit großer Anstrengung hatte er einen Boden für seine Politik ge-

wonnen. Aber die Schwierigkeit des Antritts wurde von den Hindernissen, welche die Führung des Ministeriums fand, noch weit überboten. Nur mit einer Majorität von 37 Stimmen hatte Gagern gesiegt, niemand verkannte, daß diese schwache Mehrheit zum großen Theil eine persönliche war, die allein dem Ansehen und dem Einfluß des Ministerpräsidenten verdankt wurde. Mehrere hatten trotz der eigenen entgegenstehenden politischen Ansicht, doch kein *Votum direct* gegen Gagern abgeben wollen. In der That mißlang gleich der folgende Schritt; im Fortgange der ersten Lesung der Verfassung wurde die Erbllichkeit des Reichsoberhaupt's mit 265 gegen 211 Stimmen verworfen. Bildeten nun auch diese Stimmen die einzige compacte Partei in der Versammlung, welche von einem positiven Gedanken für die Gestaltung der deutschen Verfassung geleitet wurde, standen ihr auch nur in der Negation einige Fractionen der verschiedensten Tendenz, Republikaner, Particularisten, Ultramontane, Desterreicher und Baiern als solche gegenüber, so vermochte jene kaiserliche Partei es doch, trotz aller Anstrengungen Gagern's und seiner Freunde nicht, mehr als 250 Stimmen für sich zu gewinnen, während das östreichische Gouvernement eiligst die Lücken in den Reihen ihrer Abgeordneten in ihrem Sinne ergänzen ließ. In so schwankender Lage, unter so aufgelösten Verhältnissen und so frivol-combinationen in der Versammlung, mußte die zweite Lesung der Verfassung begonnen werden. Am schlimmsten war offenbar, daß alle jetzt abgerissenen Theile der ehemaligen Majorität entschlossen waren, nicht bloß in der Oberhaupt'sfrage gegen Gagern Stand zu halten, sondern auch in den übrigen Bestimmungen der Verfassung gegen ihre eigene, meist sogar durch frühere Abstimmungen in der Versammlung documentirte Ueberzeugung, im Sinne der linken Seite zu stimmen. Die Desterreicher, die Baiern, die Ultramontanen wußten sehr wohl, daß für ihre Intentionen keine Entscheidung der Versammlung zu erwarten stand, daß die Directorialverfassung oder was man sonst in diesen Kreisen anstreben mochte, in der Paulskirche nicht zur Geltung zu bringen wäre, daß man selber bedeutend schwächer sei, als die kaiserliche Partei; aber in Verbindung mit der Linken durfte man doch hoffen, den Gedanken Gagern's zu zerstören, wenigstens die Verfassung so zu verderben und so radical zu gestalten, daß sie für Preußen, für die übrigen Regierungen unannehmbar sein werde. Mit unsäglicher Mühe von der Gagern'schen Partei fast auf allen Punkten zurückgeschlagen, gelang es dieser Coalition, welche das deutsche Volk um seine theuersten Hoffnungen betrogen hat, dennoch ein radicales Wahlgesetz und das suspensive Veto in die Verfassung hineinzu-

bringen. Darauf erklärten 14 bis 15 Mitglieder der Linken, daß ihren Principien in der Verfassung Genüge geschehen sei, daß sie nunmehr für die Erbllichkeit des Oberhauptes stimmen würden; obwohl oder weil sie sehr gut wußten, wie sehr die Annahme der Verfassung durch ihre eigenen Vota in jenen beiden Punkten, namentlich in Betreff des suspensiven Veto erschwert worden sei. Die Erbllichkeit ging durch, der König von Preußen wurde am 28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen zum erblichen Oberhaupt des deutschen Bundesstaates gewählt. In der Versammlung hatte Gagern obgesiegt, wenn auch der Sieg mit schweren Opfern erkauft worden war.

Nicht so gut sollte es ihm bei den deutschen Regierungen werden. Während Schmerling das Ministerium geführt hatte, war die völlig machtlose und von dem guten Willen der Regierungen abhängige Stellung der Centralgewalt nicht sehr schroff zum Vorschein gekommen. So lange es galt, der Anarchie entgegenzutreten, waren die Regierungen mit dem Reichsministerium einverstanden gewesen und hatten demselben zu diesem Behufe bereitwillig ihre Kräfte und Machtmittel zur Verfügung gestellt und sich dessen Anordnungen unterzogen. Jetzt aber galt es, dieselben in eine positive Gestaltung Deutschlands einwilligen zu lassen, jetzt galt es, das Provisorium in eine definitive Staatsform umzuwandeln, welche ihnen allen größere oder geringere Opfer auferlegte. Ueberdies waren sie bis zu Anfang des Jahres 1849 wieder einigermaßen zu Kräften gekommen, wenigstens waren sie viel stärker, als im vergangenen Sommer und Herbst. Die National-Versammlung selbst hatte den Stoß der Bewegung gehemmt, die Waffen zerbrochen oder abgestumpft, mit welchen die Regierungen im vergangenen Jahre so hart bedrängt worden waren. Hinter der Versammlung und von ihr gedeckt, hatten sich die Regierungen erholt. Allmählig begann ihre Sprache eine andere zu werden, und eine lebhaftere Diplomatie bemächtigte sich der deutschen Frage, welche man bis dahin der National-Versammlung ausschließlich überlassen hatte. Gagern bemühte sich trotz aller Bedrängniß, die er in der Versammlung selbst zu bestehen hatte, unablässig gegen Ende des Januar und im Laufe des Februar die Regierungen zu Erklärungen zu veranlassen, in welchen sie ihr Einverständniß mit der Constituirung Deutschlands unter einem erblichen Oberhaupt aussprechen und ihre Bereitwilligkeit, sich demselben unterzuordnen, zusagen sollten. Er hatte damit zugleich die Absicht, die Schwankungen in der Versammlung zu beseitigen, und unterstützt von einer ansehnlichen Zahl von Regierungen seiner Absicht eine sichere Majorität im Parlamente zu ver-

schaffen. Bei den meisten kleineren Staaten waren seine Bemühungen von Erfolg. Die Königreiche aber waren weit entfernt, auf solche Intentionen einzugehen, und ihre eingebilddete Souveränität im souveränen Bundesstaate den Hohenzollern unterordnen zu wollen. Sie fanden sich nicht mehr in dem Maaße bedrängt, als früher, sie wußten, daß die Democratie dem Kaiserplane äußerst abgeneigt war, und vor allen Dingen: sie fanden Unterstützung bei Oestreich. Oestreich war auf die Unterhandlungen über das Unionsverhältniß zum deutschen Bundesstaat nicht eingegangen, Gagern's Vorschläge blieben ohne Erwiderung. Das war ein Factum von großer, von entscheidender Bedeutung. Es war dem verletzten Selbstgefühl oder dem falsch verstandenen vaterländischen Interesse des Herrn von Schmerling gelungen, das östreichische Gouvernement von der Stellung, welche es in dem Programm von Kremser zur deutschen Frage eingenommen hatte, wieder zu entfernen. Man war jetzt in Wien entschlossen, sich nicht aus Deutschland „hinauswerfen“ zu lassen, man war entschlossen, die Positionen, welche man durch den Reichsverweser, durch die exclusiv katholischen Interessen in Deutschland noch inne hatte, zu behaupten, man war entschlossen, das preussische Principat in dem Bundesstaat nicht zuzugeben, den Abschluß dieses Bundesstaats zu verhindern. Man unterhandelte und intriguirte nun zunächst gegen den Bundesstaat und gegen Gagern an den kleinen Höfen, man concentrirte seine Anstrengungen mit richtigem Blick auf die königlichen Regierungen, von denen man unbedingte Mitwirkung zu erwarten hatte, so lange man nicht etwa eine Unterwerfung unter die östreichische Herrschaft von ihnen selbst verlangte. Man ging weiter, man stachelte ihren Ehrgeiz auf, man zeigte ihnen, daß sie bei der Neugestaltung Deutschlands wesentliche Vortheile statt einer schmähhchen Unterordnung unter Preußen erndten könnten, man proponirte deshalb eine Directorialverfassung, in welcher die vier Königreiche neben Oestreich und Preußen Sitz und Stimme haben sollten; die jedem Königreiche zunächst gelegenen kleinen Staaten sollten dessen Leitung untergeordnet und in Reichskreise verwandelt werden: eine Regierungsform, welche Deutschland viel ärger als jemals zerrissen haben würde. Gegen so perfide Anstrengungen einer Großmacht, gegen alt eingewurzelte dynastische Interessen, welche das Messer nicht mehr an der Kehle fühlten, waren Gagern's Bemühungen natürlich erfolglos. Es kam dazu, daß Preußen, zu dessen Gunsten alle diese Anstrengungen gemacht wurden, die Dinge nicht kräftig in die Hand nahm und kein zureichendes Gegengewicht gegen die Intriguen Oestreichs an den Höfen wie in der Versammlung darbot. Zwar

war es Gagern und seiner Politik zu danken, daß Preußen sich der National-Versammlung freundlicher als bisher annäherte, aber zu gleicher Zeit sprach es seine Bedenken über ein zu errichtendes Kaiserthum aus, behielt es sich seine Erklärungen über das Reichsoberhaupt vor, erklärte es sich Oestreich gegenüber bereit, über ein Directorium zu unterhandeln. Außerdem machte man dem Reichsministerium von Berlin aus in den Verhandlungen mit Dänemark die bedenklichsten Schwierigkeiten. Man verlangte alle möglichen Concessionen, um den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern, ließ sich nur nach weitläufigen Erörterungen mit großer Mühe bewegen, 12000 Mann nach Schleswig marschiren zu lassen und benutzte endlich den preußischen Oberbefehlshaber der Reichsarmee dazu, in Sütland einen schmähtlichen Scheinkrieg ausführen zu lassen.

Es war eine verzweifelte Situation für das Ministerium Gagern. Der Staat, welcher aus Deutschland weichen sollte, wollte nicht weichen, der andere, welchem Deutschland übergeben werden sollte, wollte nicht zugreifen, die Mittelstaaten waren renitent und die kleinen Staaten, welche zu helfen bereit standen, waren ihrer geringen Bedeutung wegen unfähig, ein sehr erhebliches Gewicht in die Waagschale zu legen. Dazu wurde der Reichsverweser, von Anfang an mißgestimmt gegen das Ministerium, immer widerwilliger, allmählig hemmte, erschwerte oder verzögerte er jeden Schritt desselben, die Versammlung war schwankend und ohne festen Halt, viele alte Freunde und Genossen saßen jetzt unter den Gegnern und die Linke wurde in ihren Angriffen und Schmähungen gegen die kaiserliche Partei, gegen Gagern, immer wilder und ungeberdiger, je näher die Entscheidung rückte. In der That, es gehörte der Muth eines Mannes dazu, solchen Schwierigkeiten ungebeugt Trotz zu bieten, und unter den unermüdlich fortgesetzten persönlichen Bedrohungen und Aufhebungen der demokratischen Partei, die seit einem Jahre vorzugsweise gegen Gagern gerichtet waren, unter den Verläumdungen und Scheußlichkeiten, welche die radicale Presse nicht müde wurde, tagtäglich gegen ihn zu schleudern: daß er im Solde der Fürsten stehe, das Volk zu verrathen, daß er an Oestreich verkauft, daß er an Preußen verkauft sei, daß er Robert Blum in Wien habe erschießen lassen u. s. w. Glauben und Thatkraft nicht zu verlieren.

Unverdroffen arbeitete Gagern weiter. Nach dem Schluß der ersten Lesung der Verfassung nahm er es über sich, um heftigeren Zwiespalt zwischen der Versammlung und den Regierungen zu vermeiden, die Erklärungen und Aeußerungen sämmtlicher Regierungen über die Resultate derselben einzufordern. Er wußte, daß darüber

eine kostbare und vielleicht unwiederbringliche Zeit von mindestens vier Wochen verstreichen werde, aber er hoffte, daß die Ausstellungen der Regierungen bei der zweiten Lesung volle Berücksichtigung finden, daß damit der streitige Punkt zwischen den Regierungen und der Versammlung, wer von beiden in letzter Instanz endgültig über die Verfassung zu entscheiden habe, umgangen, wenigstens erheblich gemildert werden könne. Die preussische Regierung war bereits auf diesem Wege zuvor gekommen, mit ihr gaben die 28 Regierungen der kleinern deutschen Staaten ihre Erklärung über die erste Lesung der Verfassung in einer Collectivnote vom 16. Februar ab; die meisten in derselben monirten Punkte wurden bei der zweiten Lesung abgeändert. Ueber die Oberhauptsfrage war die Erklärung offen gehalten worden. Zögernd, vereinzelt kamen gegen Ende Februar und Anfang März die Notizen der Königreiche an, sie sprachen sich gegen das einheitliche und erbliche Oberhaupt an der Spitze des deutschen Bundesstaates aus und verlangten ein Directorium. Endlich erklärte Oestreich, daß es sich niemals der von einem andern Fürsten gehandhabten Centralgewalt fügen würde, daß es sich niemals einer Gesetzgebung unterordnen werde, die ihren Sitz außerhalb der Grenzen Oestreichs habe.

Das war das Verhalten der deutschen Regierungen zum deutschen Verfassungswerk, als gegen Ende des März die National-Versammlung ihrer Seits zum Schluß kam und ungeirrt durch alle diese Meinungen, Interessen und Absichten das erbliche Principat Preußens beschlossen hatte. Die Entscheidung lag jetzt allein bei Preußen, seine Antwort entschied über Leben und Tod des deutschen Verfassungswerkes. Nahm Preußen die dargebotene Würde an, so war das vereinzelte Widerstreben der Königreiche sehr bald durch den Andrang ihrer Bevölkerung, durch die Größe und Wucht der That überwunden und Deutschlands Regeneration zur Einheit, Freiheit, Größe und Macht in den Grundlagen vollendet.

Der König von Preußen gab am 3. April 1849 eine ausweichende Antwort. Er verlangte zunächst „eine gemeinsame Berathung aller Regierungen, um zu prüfen, was in der Verfassung dem Ganzen wie dem Einzelnen fromme,“ eine Vereinbarung, welche das ganze Werk wieder in Frage stellte. In der edelsten und schönsten Hoffnung getäuscht, übernahm es Gagern mit seiner Partei dennoch, einen Ausweg zu suchen, übernahm er die trost- und aussichtslose Aufgabe, die Versammlung hinzuhalten, Zeit zu gewinnen, bis man in Berlin zu einem definitiven Entschluß gekommen wäre, er übernahm es, diesen Beschluß zu Gunsten der Annahme hinzuwenden. Während Beckerath und Baffermann nach

einander mit Vermittelungsvorschlägen nach Berlin gesendet wurden, während man außerdem in jeder Weise thätig war, dort den gewichtigsten Gründen für die Annahme Geltung zu verschaffen, während Mathy nach München, andere zuverlässige Genossen an die übrigen Königshöfe, die ihren Widerstand nun auch auf die Antwort des Königs von Preußen stützen konnten — abgingen; wiewohl verzögert und aufgehalten, durch die Weigerung des Reichsverwesers ihre Vollmachten zu vollziehen — brachte Gagern am 11. April die Vertreter der 28 kleinen deutschen Staaten dahin, daß sie die preußische Aufforderung zu gemeinsamer Berathung der Verfassung durch eine Collectivnote beantworteten, in welcher sie erklärten, daß sie die von der Reichsverfassung beschlossene Verfassung ohne weitere Bedingungen annähmen und der erblichen Kaiserwürde der Hohenzollern ihre Zustimmung gäben. Nicht mindere Anstrengungen legte ihm die Ungeduld der Versammlung auf: er wurde nicht müde seinen mäßigenden und beschwichtigenden Einfluß von der Tribüne geltend zu machen.

Alle diese Bemühungen waren vergebens. Am 28. April erfolgte die definitive Ablehnung der Verfassung von Seiten Preußens. Gagerns Politik war verloren, er aber gab sie mit der ihm eigenthümlichen Zähigkeit noch nicht auf. War wirklich politische Reife über das deutsche Volk gekommen, war wirklich die Idee der Einheit mächtig und entscheidend in den Herzen der Stämme, so mußte es möglich sein, durch eine große friedliche und gesegliche Agitation die widerstrebenden Regierungen zur Annahme derselben moralisch zu zwingen. Hielt die National-Versammlung, die Centralgewalt streng an der beschlossenen Verfassung, blieb sie selbst von jedem revolutionären Schritt fern, und verleugnete sie alle derartige Versuche, die etwa von anderer Seite begonnen wurden, ermunterte sie dagegen alle geseglichen Kundgebungen für die Reichsverfassung, gab sie diesen den Mittelpunkt und den Nachdruck ihrer höheren Autorität, so waren die Regierungen früher oder später gezwungen, nachzugeben. Alles kam darauf an, auf dem geseglichen Wege fest auszuharren. In dieser Richtung brachte die Partei Gagern am 4. Mai 1849 in der National-Versammlung den Beschluß durch, die Regierungen, die gesetzgebenden Körper der Einzelstaaten, die Gemeindebehörden, das gesammte deutsche Volk aufzufordern, die Reichsverfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, und Gagern erklärte von der Tribüne, in welcher Absicht dieser Antrag eingebracht, in welchem Sinne er zu verstehen sei. Gleichzeitig legte Gagern dem Reichsverweser ein Programm vor, in welchem die Principien der Thätigkeit des Reichsministeriums unter den gegenwärtig veränder-

ten Umständen vorgezeichnet waren. Dasselbe sprach „die Befugniß und die Verpflichtung für das Ministerium aus, mit allen gesetzlichen und friedlichen Mitteln und durch das Gewicht der moralischen Macht der Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfassung in den deutschen Staaten zu unterstützen und für die Beseitigung der Hindernisse Sorge zu tragen, welche dieser Durchführung und der darauf gerichteten gesetzlichen Aeußerung des Volkswillens in den Einzelstaaten entgegen treten möchten“. „Ausflehungen aber gegen die Regierungen und gewalthätige Eingriffe in die Funktionen der ordentlichen Behörden müssen eben so zurückgewiesen werden, wie jede Intervention eines oder mehrerer Einzelstaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen für die Anerkennung der Reichsverfassung in anderen Einzelstaaten.“ Außerdem hoffte Gagern, daß es möglich sein werde, die kleineren Staaten, unter ihnen Baden und die beiden Hessen, welche die Reichsverfassung anerkannt und die Note vom 11. April unterzeichnet hatten, vorläufig in einen engeren Verband zu bringen und auf diese Staaten nebst dem Königreich Württemberg, welches in den letzten Tagen des April bereits durch die allgemeine Bewegung seines Volkes zur Unterwerfung unter die Reichsverfassung gebracht worden war, gestützt, mit den Königreichen im Norden, mit Preußen, Sachsen und Hannover über die Annahme der Reichsverfassung weiter unterhandeln zu können.

Auch dieser letzte Weg wurde gekreuzt und ungangbar gemacht. Diesmal nicht durch die Regierungen, sondern durch das Volk. Während es in Preußen, mit Ausnahme der Rheinprovinz an jeder großartigen gesetzlichen Demonstration, die Regierung zur Annahme der Reichsverfassung zu drängen, fehlte, während das preußische Volk die National-Versammlung in Frankfurt ohne Unterstützung ließ, nachdem es sich vor fünf Monaten seiner eigenen Vertretung so eifrig angenommen hatte, ließen sich die Bewohner von Sachsen, die Bevölkerungen der Pfalz und Badens durch die Agitationen der Republikaner zu gewaltsamen, thörichten und verderblichen Aufständen hinreißen. Dem Reichsministerium gebracht bald die Mittel des Einschreitens, die ministerielle Partei in der Versammlung konnte nichts thun, als die Anträge der Linken, welche diese Aufstände in Schutz nahmen und weiter treiben sollten, abwehren, und der Reichsverweser entzog dem Ministerium Gagern endlich auch seine moralische Stellung, indem er nach mehrtägiger Zögerung die Gutheißung des vorgelegten Programms verweigerte (10. Mai 1849).

Eine Politik des Friedens und der Vermittelung war forthin unmöglich, das Wort verhallte unter dem Waffenlärm, unter dem

die Reaction und die Revolution auf einander trafen. Gagern und seine Partei hatten alle Mittel erschöpft, eine positive Politik war auf ihrem Wege fortan völlig unmöglich, eine sichere Mehrheit in der Versammlung hatten sie seit Gagern's Eintritt in das Ministerium niemals gehabt; seit der Kaiserwahl, seit der definitiven Ablehnung Preußens war diese Partei durch den Austritt vieler Mitglieder, die ihr Mandat erfüllt oder die Durchführung der Verfassung für unmöglich hielten und nach der Abwesenheit eines vollen Jahres in die Heimath geeilt waren, noch bedeutend geschwächt worden. Diese Männer waren wie die Verhältnisse nunmehr lagen, in die einfache Alternative gedrängt, entweder auf die Seite der Revolution zu treten oder ihr Mandat in der Versammlung niederzulegen und den kämpfenden Parteien der Anarchie und der Reaction das Feld zu überlassen; wenn sie nicht durch ihr Verweilen in einer macht- und hilflosen Minorität das moralische Gewicht der revolutionären Beschlüsse der Linken, welche durch diesen Umschwung der Dinge in die Majorität gekommen war, unterstützen wollten.

Aber was bezweckten diese Aufstände und ihre Leiter? Doch niemals das, was Gagern und seine Partei gewollt hatten, — die wirkliche und wahrhafte Durchführung der Reichsverfassung. Hatte die linke Seite, welche sich jetzt dieser Verfassung so eifrig annahm, derselben nicht in allen wesentlichen Bestimmungen ein ganzes Jahr lang den eifrigsten Widerstand entgegengesetzt, hatte sie und ihre Anhänger die Reichsverfassung nicht erst dann acceptirt als Preußen abgelehnt und sie damit unmöglich gemacht hatte, als sie nur noch zum Hebel für einen heftigen Conflict mit den Regierungen für einen Vorwand zur Einführung der Republik gut genug war? Erklärten nicht überall die provisorischen Comités der Revolution, daß man für die Reichsverfassung „mit Ausnahme der erledigten Bestimmungen über das Oberhaupt kämpfe?“ Konnte diese Verfassung ohne Preußens Principat, mit dieser Aufhebung des Compromisses zwischen den sehr weitgehenden Freiheiten und dem gesicherten monarchischen Princip, wie er in derselben von der Gagern'schen Partei durchgeführt worden war, noch irgend einen Werth für diese haben? Und welche Aussichten warteten der constitutionellen Partei, wenn sie wirklich durch ihr moralisches Ansehen — so sehr dies die Radicals durch unermüdlige Verläumdungen, Wühlereien und Aufhebungen zu untergraben versucht hatten, die Zwecke der Republikaner unterstützt hätte? Am Tage des Sieges wäre sie bei Seite geworfen, mit Hohn und Verachtung vernichtet worden. Aber es gab für einen Sieg keinerlei Aussichten. Nur im ersten Aufschwunge, im ununterbrochenen fortreisenden Verlauf sind Revolutionen un-

widerstehlich, diesen hatte die Gagern'sche Partei selbst gebrochen. Unterstützte man die Linke noch weiter durch passive Assistenz, so konnte diese Bewegung wohl großes Unheil anrichten — viel größeres als wirklich geschehen ist, — aber nach der Stimmung der Bevölkerung im Norden Deutschlands niemals zum Siege gelangen. Und wenn die Bewegung siegte? Im Princip stand so viel fest, daß man eher den Gewaltmitteln der Reaction, als denen der Revolution nachgeben dürfe, daß das deutsche Volk im gesetzlichen Kampfe gegen die Reaction in wenigen Jahren zu thatkräftiger und mannhafter politischer Reife gelangen werde, während es in revolutionären Zuckungen und Excessen sehr bald erschöpft, überreizt, matt, verbraucht und demoralisirt zu Boden sinken werde. Nach schweren inneren Kämpfen, nach langen und erschöpfenden Debatten im Schooße der Partei trat Gagern mit seinen Genossen am 20. Mai 1849 aus der deutschen National-Versammlung.

Unverzagt hatte er seine Partei auch durch die Gefahren und Anstrengungen dieser letzten Zeiten geführt. Sein unerschütterlicher Glaube an den Beruf der deutschen Nation, ein Staat zu werden unter den Staaten Europa's hatte ihn noch aufrecht gehalten, da schon alles zagte. Seine Hände waren nicht müde und sein Blick war nicht finster geworden, so lange es noch irgend einen Weg, irgend welche Aussicht gab, das Ziel zu erreichen. Als alles verloren war, da brach zu allem anderen über ihn auch der Zweifel herein, ob nicht eine andere Führung glücklichere Resultate ergeben haben könnte. Gagern ist nicht der Mann, der bei dem Mißgeschick des Vaterlands im Gefühl seines persönlichen Werthes einen stolzen Trost zu finden wüßte. Er war tief gebeugt.

Konnte Gagern an seinem Berufe einen Augenblick irre werden — von dem Gedanken, an welchen er wie kein anderer sein Leben gesetzt hatte, vermochte er nicht zu lassen. Preußen hatte die Sache der deutschen Einigung in die Hand genommen, nachdem es die National-Versammlung vernichtet. Es hatte die Frankfurter Verfassung im Verein mit Sachsen und Hannover wieder aufgenommen und diese mit Modificationen, welche das Wesen der Sache nicht erheblich änderten, am 26. Mai dem deutschen Volke dargeboten. Die Hoffnung war gering, daß es bei der Zahl und Gewalt der widerstrebenden Elemente und Interessen gelingen werde, diese Verfassung ins Leben zu führen. Schon ihres Ursprungs halber standen ihr die Sympathieen der Bevölkerungen nicht bloß in demselben Maaße entgegen, wie sie für die Frankfurter Verfassung lebendig gewesen waren; sie wurde überall mit dem größten Mißtrauen in die wirklichen Absichten der Urheber aufgenommen und wenn man sich bereitwillig

jedes Opfer, welches von Frankfurt aus für die deutsche Einheit gefordert wurde, gefallen lassen wollte, die Detrouirung von Berlin aus rief den Stolz und das Selbstgefühl auch der kleineren Stämme und Staaten wach. Der Democratic war diese Verfassung nicht freisinnig genug, den Particularisten zu centralistisch, den Könighöfen mißfiel das preußische Principat, wenn es auch auf die Executive beschränkt war und nicht unter dem Titel des Kaiserthums auftrat. Und diese Verfassung sollte auf dem Wege der Vereinbarung mit 34 Regierungen und ebenso vielen Ständekammern ins Leben gerufen werden! Dennoch hielt es Gagern für eine Pflicht des Patriotismus auch diesen Weg zu versuchen, der doch eine Möglichkeit der Rettung zeigte, er verschmähte den Versuch nicht, nachdem sein Schiff noch im Hafen gestrandet, auf leckem Boot die Schätze der Ladung zu bergen. Es schien ihm weise, an dem Ziel festzuhalten und nicht an dem Wege es zu erreichen, er wollte der preußischen Regierung wenigstens die Unterstützung der deutschen und constitutionellen Parti zuführen. Es schien ihm weiter für das Unternehmen Preußens förderlich ein Beispiel der Selbstüberwindung zu geben und damit die moralische Kraft des Widerstands gegen diese Verfassung zu brechen, welcher sich auf die Frankfurter Verfassung stützte; damit sollte zugleich den Regierungen der kleinen Staaten, welche von ihren Ständeversammlungen an der Frankfurter Verfassung festgehalten wurden, der Weg des Uebergangs zur preußischen Verfassung gebahnt werden. Er wollte endlich, daß man die drei verbündeten Regierungen beim Worte nähme und bei demselben festhielte, ehe die Wogen der anschwellenden Reaction auch diese freilich sehr articulirten Verheißungen hinwegspülten. Aus diesen Erwägungen berief Gagern die Genossen seiner Partei Ende Juni 1849 nach Gotha zusammen. Mehr als 130 erschienen und vereinigten sich bald über die Grundsätze, nach welchen sie sich der preußischen Aufstellung gegenüber übereinstimmend halten und bekennen wollten. Die Gothaer Erklärung sprach aus, „daß den Versammelten der Zweck höher stände, als die Mittel, in diesem Sinne glaube man, daß in der preußischen Verfassungsaufstellung, indem sie den wesentlichen Bedingungen des Bundesstaats gerecht werde, der verloren gegangene Einigungspunkt für Deutschland wieder gefunden werden könne, unter der Voraussetzung, daß die dargebotene Verfassung als eine unverbrüchliche Zusage, an welche die Fürsten gebunden seien, feststände und daß die deutschen Regierungen dem zu berufenden Parlament in einem einheitlichen Organ vereinigt gegenüberträten. Sei das der Fall, so dürfe auch auf das beschränkende Wahlgesetz kein erhebliches Gewicht gelegt werden; alle

Mitglieder der Partei würden bereit sein, unter diesen Voraussetzungen zur Durchführung der Verfassung vom 26. Mai nach allen Kräften zu wirken.“

Möchte die Democratie diese Gothaer Beschlüsse immerhin als einen Verrath am Vaterlande, an der Volkssouveränität, an der Frankfurter Verfassung bezeichnen, die in der Geschichte beispiellose Selbstverläugnung, mit welcher die Urheber der Frankfurter Verfassung ihr eigenes Werk preis gaben, damit es der heißersehnten Einigung nicht länger im Wege sei, ist nicht ohne Wirkung gewesen, Preußens Politik auf dem eingeschlagenen Pfade zu erhalten, es hat den Regierungen der kleineren Staaten den Uebergang zur Berliner Aufstellung sehr wesentlich erleichtert und der Vorgang angesehenener und einflussreicher parlamentarischer Männer hat denselben Schritt in den Ständeversammlungen dieser Staaten allein möglich gemacht.

Preußen schritt langsam und zögernd vorwärts. Große und günstige Momente des Gelingens wurden im Sommer 1849 unbenutzt vorübergelassen, die Sympathieen, das Selbstgefühl der Nation wurden in dem Vertrage mit Dänemark, in der Behandlung der Schleswig'schen Verhältnisse vielfach verletzt; je weiter man von der Revolution abkam, um so weniger zeigten sich Fürsten und Regierungen zu Opfern geneigt. Sachsen und Hannover fielen ab, die größeren unter den kleineren Staaten, welche sich an Umfang und Bedeutung den Königreichen nähern, begannen zu schwanken und Schwierigkeiten zu machen. Nur nach den größten Anstrengungen gelang es Preußen das Parlament von Erfurt am 20. März 1850 zu eröffnen. Die deutsche Partei war zahlreich in demselben vertreten. Es galt wenigstens, wie man sich in Gotha zur Unterstützung der Verfassung vom 26. Mai verpflichtet hatte, so jetzt die verbündeten Regierungen in legitimer Weise an ihr Versprechen zu binden, es galt mindestens die rechtliche Gültigkeit dieser Verfassung festzustellen und damit den Rechtsanspruch des Volkes, die rechtliche Existenz des Bundesstaates feierlich und förmlich durch sofortige Annahme der Verfassung im Ganzen zu sichern, wenn man den Bundesstaat selbst auch nicht ins Leben zu rufen vermöchte.

In der schwankenden und unsicheren Weise, in welcher die preussische Politik in dieser deutschen Sache von Anfang geführt worden war, verlangten auch hier die officiellen Vertreter Preußens und des Bundesstaats, daß die Verfassung nicht im Ganzen angenommen werde, daß das Band gelöst werde, welches sie selbst, aber auch ihre unsicheren Verbündeten rechtlich an dieses Werk fesselte. Diesem unbegreiflichen Ansinnen widersehte sich die Partei Gagern's wie ein

Mann, sie hätte zu zeigen, daß es auch für sie eine Grenze der Resignation gäbe. Indem Gagern die Annahme im Ganzen verlangte, sprach er ein letztes Wort für sich und seine Freunde. Er führte aus, daß die Hauptbedeutung des Bündnisses vom 26. Mai darin liege, daß diese Verfassung für ganz Deutschland zur Geltung komme. Den Bundesstaat jetzt in engerem Umfange zu Stande zu bringen, habe nur in so fern Werth, als diese Thatsache das Mittel sei zur Errichtung des Bundesstaats für ganz Deutschland. Diese Auffassung müsse die maassgebende sein. Darum dürfe auch der Rechtsboden des bestehenden Vertrages, das Band, welches dieser um die abgefallenen und schwankenden Regierungen schlinge, nicht aufgelöst werden. Nachdem er dann weiter die Gefahren nachgewiesen, welchen man mit der Aufgebung der rechtlich bindenden Form das Bündniß aussetze, wendete er sich an die Leiter der preussischen Politik und ermahnte sie das festzuhalten beim Bündniß, was jetzt dazu gehöre: je kleiner der Bund abgeschlossen werde, um so schwächer sei die Hoffnung, daß er größer werde. Es sei Preußens Pflicht, die Durchführung des Bündnisses vom 26. Mai wenigstens zu versuchen; die jetzt mit Preußen verbündeten Staaten könnten demselben keinen bedeutenden Zuwachs an Macht bringen; werde aber der Glaube der Nation an die Absicht Preußens geschwächt: „eine Verfassung für die ganze Nation zu gewähren, so verliere Preußen eine bedeutende Hülfsmacht.“ „Preußen rette die unbefleckte Fahne der deutschen Einheit im parlamentarischen Bundesstaat“ — so schloß er, „und bewahre sie, ein der Zukunft anvertrautes Pfand! Es nöthige aber nicht, die Standarte mit dem Trauerflor zu umhüllen, was geschehen müßte, wenn mit halbem Rückzug das große Ziel aufgegeben und mit minderem sich begnügt würde. Müßte Preußen für jetzt zurücktreten, so thue es dies ganz, ohne Vergrößerung, und ohne jeglichen Vortheil. Dann bleibt die Fahne unbefleckt; die Achtung und steigende Sympathie der Nation vor so gerader und offener Politik ist gesichert und die Partei, die es für ein deutsches Bedürfniß hält, daß Preußen an die Spitze des deutschen Bundesstaats gelange, geht ihr dann nicht verloren.“ — „Es ergeht der Ruf, den Bundesstaat zu gewähren, aber den ganzen, den deutschen Bundesstaat. Preußen hat das Recht auf seiner Seite, ihn zu entwickeln; es hat die Pflicht dazu anerkannt; es ist sein Interesse und es hat die Macht: leben Sie sie!“

So sprach Gagern in Erfurt, im Namen der deutschen Nation fest und unbegsam seinem Ziele treu, den Vertretern einer Politik schwankenden Willens und verzagter Rücksichten gegenüber. Er ist von seiner Macht aber nicht von seiner Bedeutung herabgestiegen,

er leitet die Politik der deutschen Einigung nicht mehr, ja er trat in Erfurt nicht einmal mehr als Parteiführer auf, aber es ist eben so groß, wenn auch weniger glänzend, geduldigen Muthes auszuharren und der erkannten Wahrheit unter jeder Bedingung zu dienen, als zu anderer Zeit mit kühner Hand die Ereignisse zu machen und große Entscheidungen herbeizuführen. —

Die Skizze eines Lebens, reich an Thaten und Dulden, dem Vaterlande von früher Jugend an geweiht wie kein anderes, liegt hinter uns. Die Liebe, die Kraft, die Ehre dieses Mannes gehört dem Werke der deutschen Einigung. Mit dem Fortschreiten und Gelingen dieses Werkes wird er fortleben und wirken, mit dessen Scheitern untergehen. Aber solche Treue für ein alleiniges Ziel, das immer mit reinen Händen erstrebt ward, solches Festhalten eines Gedankens in guten und bösen Tagen, solche Haltung, welche den Feinden der Einheit eben so sehr zum Aergerniß gereicht als den Feinden der Freiheit, solcher Muth und solcher Glauben, solche Hingebung für die Sache des Vaterlandes muß endlich siegreich aus allen Wechsellern hervorgehen und seinem Volk einen seltenen Mann und einen großen Character bewahren. Oder beruhte sein Leben, Trachten, Streben und Ringen nicht auf dem innersten Bedürfniß der Nation, wäre sein Gedanke des Bundesstaats, der Union mit Oestreich nicht auf ihre unleugbaren geschichtlichen Verhältnisse gebaut? — Sollte es Heinrich von Gagern nicht vergönnt sein, den siegreichen Augenblick zu erleben, in welchem sich die Glieder des deutschen Landes nach einer Trennung von sechs Jahrhunderten von Neuem zu einem Bundesstaat in Wahrheit und Wirklichkeit zusammenschließen, wo sich die deutsche Nation wirklich zu neuer Kraft und Größe erhebt, so wird doch die Erinnerung des Volkes dankbar zu dem zurückkehren, welcher zuerst den Glauben an diesen ihren Beruf bekannt und wachgerufen hat, welcher ihr zuerst den rettenden Pfad aus dem Labyrinth der Spaltung und Zerrissenheit gewiesen hat. Und wenn Heinrich von Gagern sich selbst nur für einen Gleichen unter gleichgesinnten Freunden hält, wenn er selbst für sich kein besseres Zeugniß in Anspruch nimmt, als das „dem Genius Deutschlands nicht untreu gewesen zu sein“ und mit Schmerz bekennt, seiner Aufgabe nicht genügt zu haben, so wird einst die Geschichte von ihm zu sagen wissen, daß dieser Mann vor vielen anderen klar erkannt und mit der ganzen Kraft seines Lebens redlich erstrebt habe, worin das einzige Heil für Deutschland liegt; das deutsche Volk aber habe nicht Einsicht, Ausdauer und Reife genug gehabt, diesem wackeren Führer zu folgen und ihn so, wie es Noth that, zu unterstützen.

Die Männer der Gegenwart.

Neue Folge. Mit Portraits.

Jede Biographie, je nach ihrem Umfange, zu 5 oder 7½ Ngr.

Davon sind bereits erschienen:

- I. Joseph von Nadowig.
- II. Dr. Alexander Bach, k. k. österr. Minister des Innern.
- III. Heinrich von Gagern. Von M. Duncker.

Demnächst werden erscheinen:

- IV. C. Freiherr von Bruck, k. k. österr. Minister des Handels.
- V. Otto Freih. v. Manteuffel, k. preuß. Minister des Innern.
- VI. L. von der Pfordten, k. baier. Ministerpräsident.
- VII. Anton Ritter von Schmerling, k. k. österreichischer Justizminister.
- VIII. Dr. Simson, Professor der Rechte, k. preuß. Appellationsgerichtsrath.
- IX. Freiherr von Carlowitz, k. sächs. Minister a. D., Mitglied des Verwaltungsraths der deutschen Union.
- X. Felix Fürst Schwarzenberg, k. k. österr. Ministerpräsident.
- XI. Dr. Römer, k. württembergischer Minister a. D.
- XII. Dr. G. Besefer, Mitglied der Schleswig-Holsteinschen Statthalterschaft.
- XIII. von Vincke, k. preuß. Landrath a. D.
- XIV. Fürst Metternich, k. k. österreichischer Haus-, Hof- und Staatskanzler.
- XV. Leo Graf Thun, k. k. österreichischer Minister des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

Leipzig, Costenoble & Kimmelman.

